

MARC FREY

DREI WEGE ZUR UNABHÄNGIGKEIT

Die Dekolonisierung in Indochina, Indonesien und Malaya nach 1945

Nach 1945 änderten sich die politischen Verhältnisse in Südostasien schnell und grundlegend. In weniger als fünfzehn Jahren vollzogen sich in diesem Raum fünf bedeutende Machttransfers: Die USA entließen die Philippinen 1946 in die Unabhängigkeit, Indonesien erklärte die seine von den Niederlanden 1945/49, Vietnam folgte 1945 bzw. 1954/56, und Großbritannien schließlich übertrug die Souveränität an Burma und Malaya 1948 bzw. 1957¹. Damit veränderten sich auch die ökonomischen Strukturen und politischen Arrangements in Südostasien. Unabhängigkeit und Souveränität bildeten formale Bedingungen für die Etablierung neuer Nationen. Der Dekolonisierungsprozeß war die Voraussetzung für das Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit und förderte die Wiederentdeckung des kulturellen Erbes und die Entwicklung eigener, neuer nationaler Identitäten. Es ging um nichts Geringeres als um die Konstruktion von Nationalität, von „geglaubter Gemeinsamkeit“ (Max Weber) beziehungsweise die Etablierung von „imagined communities“ (Benedict Anderson)².

¹ Zur Dekolonisierung im allgemeinen siehe Rudolf v. Albertini, *Dekolonisation. Die Diskussion über Verwaltung und Zukunft der Kolonien 1919–1960*, Köln/Opladen 1966; Franz Ansprenger, *Auflösung der Kolonialreiche*, München 1981; Raymond F. Betts, *Uncertain Dimensions: Western Overseas Empires in the Twentieth Century*, Minneapolis 1985; John Darwin, *Britain and Decolonization. The Retreat from Empire in the Post-War World*, Basingstoke/London 1988; Henri Grimal, *La Décolonisation de 1919 à nos jours*, Bruxelles 1965 [1985]; Roy F. Holland, *European Decolonization 1918–1981: An Introductory Survey*, Basingstoke/London 1985; Victor G. Kiernan, *From Conquest to Collapse: European Empires from 1815–1960*, New York 1982; Wolfgang J. Mommsen (Hrsg.), *Das Ende der Kolonialreiche. Dekolonisation und die Politik der Großmächte*, Frankfurt a.M. 1990; ders./Jürgen Osterhammel (Hrsg.), *Imperialism and After: Continuities and Discontinuities*, London 1986, S. 267–289; Jürgen Osterhammel, *Spätkolonialismus und Dekolonisation*, in: *Neue Politische Literatur* 37 (1992), S. 404–426; *The Oxford History of the British Empire*, Bd. 4: *The Twentieth Century*, hrsg. von Judith M. Brown und William Roger Louis, Oxford 1999. Zu Südostasien siehe Amitav Acharya, *The Quest for Identity. International Relations of Southeast Asia*, Oxford/New York 2000; Evelyn Colbert, *Southeast Asia in International Politics, 1941–1956*, Ithaca/London 1977; Bernhard Dahm/Roderick Ptak (Hrsg.), *Südostasien-Handbuch. Geschichte, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur*, München 1999; Arthur J. Stockwell, *Southeast Asia in War and Peace: The End of European Colonial Empires*, in: Nicholas Tarling (Hrsg.), *The Cambridge History of Southeast Asia*, Bd. 2: *The Nineteenth and Twentieth Centuries*, Cambridge 1992, S. 329–386.

² Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2 Bde., Tübingen 1976, Bd. 1, S. 237; Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt a.M. 1998, S. 14f.

VfZ 50 (2002)

© Oldenbourg 2002

Die Auslöser für die Dekolonisierung in Südostasien lagen im Zweiten Weltkrieg. Das Unvermögen der Kolonialmächte, der japanischen Expansion Einhalt zu gebieten, sowie Tokios Parole „Asien für die Asiaten“ ideologisierten und radikalisierten breite Bevölkerungsschichten, förderten aber auch einen bis dahin unbekanntem Organisationsgrad nationalistischer Bewegungen. Doch die Triebkräfte der Dekolonisierung bildeten gleichermaßen Entwicklungen, die das 20. Jahrhundert maßgeblich prägten: Die Entstehung von Nationalismen in außereuropäischen Regionen, der schrumpfende Einfluß Europas in der Welt infolge des Ersten Weltkriegs und die globale Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Obwohl der Dekolonisierungsprozeß in einen solch weiten Bezugsrahmen einzubetten wäre, enden Studien zur Auflösung der Kolonialreiche in der Regel mit dem formalen Machttransfer. Sicherlich beginnt mit der Unabhängigkeit eine fundamentale Neuverteilung politischer Macht. Begreift man Dekolonisierung jedoch als einen vielschichtigen Prozeß des Austausches von Ideen und der Neugestaltung von Volkswirtschaften, Gesellschaften und Kulturen, so wird man bei der Zäsur der Unabhängigkeit nicht einfach stehen bleiben können, zumal dann nicht, wenn man die von Europäern gesetzten Chronologien zu überwinden sucht und internationale Geschichte als Disziplin begreift, die sich mit der multidimensionalen Analyse kultureller Interaktionen befaßt³. Weder die südostasiatischen Staaten noch die europäischen Kolonialmächte verstanden die Anerkennung der Unabhängigkeit als unbedingtes Ende einer Epoche. Die Emanzipation von kolonialer Herrschaft erfolgte nicht allein mit der Übertragung von Souveränität, und das europäische Interesse am Erhalt besonderer Beziehungen erlahmte nicht mit den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten. Für die politischen Eliten in Europa und besonders in Südostasien bedeutete die Anerkennung der Unabhängigkeit keinesfalls das Ende des langen Prozesses der Dekolonisierung.

Dies soll am Beispiel von Südostasien verdeutlicht werden, wobei die unterschiedliche Analyseebenen – die subimperiale, inraimperiale und supraimperiale – in Beziehung zu setzen sind. Am Beispiel von drei unterschiedlich verlaufenen und phasenverschobenen Dekolonisierungsprozessen (Indonesien/Niederlande, Indochina/Frankreich, Malaya/Großbritannien) sollen die Interessen und Ziele politischer Akteure, die Zukunftserwartungen, die verfassungspolitischen Konzepte, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungen sowie die kulturellen Faktoren untersucht werden, die wiederum die Beziehungen zwischen den ehemaligen Kolonialmächten und den neuen unabhängigen Staaten gestaltet haben. Schließlich ist zu prüfen, welche Auswirkungen die Transformationsprozesse auf die beteiligten Staaten hatten und welche politischen Optionen sich daraus ergaben.

³ Vgl. Alexander DeConde, *Essay and Reflection: On the Nature of International History*, in: *International History Review* 10 (1988), S. 282–301, sowie Wilfried Loth/Jürgen Osterhammel (Hrsg.), *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten*, München 2000.

Revolution und Restauration

Die Wege zur nationalen Unabhängigkeit in Südostasien waren verschieden. Dennoch lassen sich auf beiden Seiten, auf europäischer wie südostasiatischer Gemeinsamkeiten beobachten. Die politischen Eliten in Frankreich und den Niederlanden waren am Ende des Zweiten Weltkriegs fest entschlossen, ihre von den Japanern besetzten Kolonialreiche wiederzugewinnen. Sachverständige und politische Berater betrachteten die Restauration der auf Ausbeutung angelegten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie als ein wesentliches Mittel zum Wiederaufbau der eigenen nationalen Volkswirtschaft. Doch bereits am Ende des Jahres 1945 wurde deutlich, daß mit baldigen Finanztransfers aus den Kolonien nicht zu rechnen war. Die britischen Besatzungstruppen (darunter ein Großteil indische Soldaten), die in Indonesien und Vietnam Sicherheit und Ordnung herstellen und die Rückkehr der Kolonialherren vorbereiten sollten, stießen auf anhaltenden und starken Widerstand nationalistischer Gruppierungen. Zudem hatte die japanische Besatzung die Region wirtschaftlich ruiniert, zahlreiche Plantagen waren verödet, Teile der Erdölindustrie auf Sumatra zerstört. Die Reisproduktion war dramatisch gesunken, und in einigen Regionen Südostasiens, insbesondere im Norden Vietnams, kam es 1945 zu Hungerkatastrophen⁴. Angesichts dieser Entwicklungen vollzog sich ein Paradigmenwechsel: Während wirtschaftliche Motive für die Wiederherstellung der Kolonialreiche in Frankreich und den Niederlanden nach wie vor wichtig blieben, schoben sich Prestige und Fragen nationaler Ehre und Identität zunehmend in den Vordergrund. Viele niederländische Politiker befürchteten eine „Dänemarkisierung des Landes, das heißt, die Relegation einer einstmals einflußreichen Kolonialmacht zu einem europäischen Kleinstaat. Die Franzosen wiederum einte die Vorstellung eines France d'outre-mer, eines Frankreich, welches seine Großmachtrolle mit Hilfe der Kolonien abstützen konnte⁵.

Vergleichbar sind auch die Planungen zur Zukunft der Kolonialreiche sowie die Reformversprechen, welche die einstigen Kolonialmächte noch während der japanischen Besatzung gemacht hatten. So stellte die niederländische Regierung den Indonesiern im Dezember 1942 eine Transformation des Empire in eine Beziehung „völ-

⁴ Zur wirtschaftlichen Lage in Indonesien bei Kriegsende vgl. J. Thomas Lindblad, *Foreign Investment in Southeast Asia in the Twentieth Century*, Basingstoke/London 1998, S. 103f.

⁵ Vgl. H. Baudet/M. Fennema, *Het Nederlands belang bij Indië*, Utrecht 1983; Anthony Reid, *The Indonesian National Revolution 1945–1950*, London 1974, S. 19–169; Hendrik L. Wesseling, *Indië verloren, rampspoed geboren*, Amsterdam [1988] 1995, S. 286f.; Jaques Dalloz, *The War in Indo-China 1945–1954*, Dublin 1990, bes. S. 52–82; Ellen J. Hammer, *The Struggle for Indochina 1940–1955*, Stanford 1966, S. 110–127 u. 148–240; Miles Kahler, *Decolonization in Britain and France. The Domestic Consequences of International Relations*, Princeton 1984, S. 78, 81–83, 89f., 173–175, 366f.; Jean Lacouture, *De Gaulle*, Bd. 2: *Le politique 1944–1959*, Paris 1985, S. 165–169; Grégoire Madjarian, *La question coloniale et la politique du Parti communiste française 1944–1947*, Paris 1977, S. 118–236; Stein Tønnesson, *The Vietnamese Revolution of 1945. Roosevelt, Ho Chi Minh and de Gaulle in a World at War*, Oslo/London 1991, S. 40–52, 156–160, 199–204, 365–370.

liger Partnerschaft“ in Aussicht. Königin Wilhelminas Rede enthielt jedoch keine konkreten Aussagen über administrative oder verfassungspolitische Veränderungen⁶. General Charles de Gaulle und das „Freie Frankreich“ verabschiedeten wiederum im Januar 1944 die Erklärung von Brazzaville, in der sie ein Ende kolonialer Willkürherrschaft in Aussicht stellten. Zugleich aber wiesen sie „jeden Gedanken an Autonomie“ zurück und verwarfen „jede noch so vage Form von Selbstregierung“⁷.

Eine dritte Gemeinsamkeit in den französischen und niederländischen Zukunftsentwürfen war die Art und Weise, mit der die Regierungen auf die nationalistischen Bewegungen in Indonesien und Vietnam reagierten. Eine Kombination von militärischer Unterdrückung und administrativer Fragmentierung des Kolonialbesitzes sollte den Widerstand nationalistischer Gruppierungen neutralisieren: die Niederländer versuchten seit 1947, regionale Unterschiede und Spannungen auszunutzen, indem sie die „Vereinigten Staaten von Indonesien“ gründeten, und Frankreich proklamierte 1946 Cochinchina (Südvietnam) als „Freien Staat“ innerhalb der Französischen Union⁸.

Die konfrontative Politik der Niederländer und Franzosen gegenüber der indonesischen und vietnamesischen Revolution bewirkte in der Konsequenz das Gegenteil des ursprünglich Intendierten. Der wachsende Einfluß der nationalistischen Bewegung um Sukarno und Mohammed Hatta in Java und anderen Teilen Indonesiens, internationaler Druck der Vereinten Nationen und der Vereinigten Staaten sowie das Auseinanderbrechen des niederländischen kolonialpolitischen Konsenses zwangen die Regierung in Den Haag seit Sommer 1949 dazu, ernsthaft mit der Republik Indonesien über die Anerkennung der Unabhängigkeit zu verhandeln. Die Franzosen hielten sich länger. Ihnen gelang es unter dem Eindruck der kommunistischen Machtübernahme in China, den Kolonialkrieg vor allem in den Vereinigten Staaten als eine Auseinandersetzung des Kalten Kriegs erscheinen zu lassen. Amerikanische Unterstützung und ein nur langsam an Dynamik gewinnender innenpolitischer Druck ermöglichten dessen Fortsetzung. Erst Dien Bien Phu und der Sieg der nationalistisch-kommunistische Bewegung des Viet Minh am 7. Mai 1954 leiteten den Rückzug Frankreichs aus Südostasien ein⁹.

Anders entwickelten sich die Beziehungen zwischen Großbritannien und Malaya (seit 1963 Malaysia). Die Zukunftsvorstellungen sahen eine graduelle Entwicklung des Kolonialreichs hin zur Selbstregierung innerhalb des British Commonwealth vor. Unabhängigkeit blieb allerdings nur ein nicht näher definiertes Fernziel. Zwar

⁶ Vgl. Lodewijk De Jong, *Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog*, Teil 11c: *Niederlands-Indië, 's-Gravenhage* 1986, S. 78–93; Robert J. McMahon, *Colonialism and Cold War: The United States and the Struggle for Indonesian Independence, 1945–1949*, Ithaca/London 1981, S. 62–65.

⁷ Zit. nach Anthony Clayton, *The Wars of French Decolonization*, London/New York 1994, S. 14.

⁸ Vgl. Lodewijk de Jong, *Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog*, Teil 12.2: *Epiloog, 's-Gravenhage* 1988, S. 881–899; Dalloz, *War in Indo-China*, S. 73.

⁹ Vgl. Marc Frey, *Das Ende eines Kolonialreiches: Dien Bien Phu, 13. März bis 7. Mai 1954*, in: Stig Förster u. a. (Hrsg.), *Schlachten der Weltgeschichte. Von Salamis bis Sinai*, München 2001, S. 358–373.

spielten bei Kriegsende auch in London wirtschaftliche Überlegungen eine wesentliche Rolle, da Malaya hohe Dollar-Nettobeträge in den *Sterling Bloc* transferierte. Im Unterschied zur französischen und niederländischen Erfahrung wurden die britischen Truppen jedoch von jubelnden Mengen empfangen, als sie Malaya im August 1945 wieder für Großbritannien in Besitz nahmen¹⁰. Als London indes im Januar 1946 den Plan vorstellte, die malaiischen Territorien zu einer Verwaltungseinheit zusammenzufassen – die *Malayan Union* –, löste das nicht nur eine schwere Krise in den Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie aus, sondern verhalf einem bis dahin nur schwach entwickelten Nationalismus zum Durchbruch. Während Niederländer und Franzosen versuchten, den Einfluß nationalistischer Bewegungen durch territoriale und administrative Aufteilung einzudämmen, versuchten die Briten, ihren Einfluß mit Hilfe des Prinzips der Zentralisierung auszudehnen. Unterschiede ergaben sich aber auch im Umgang mit dem nationalen Widerstand: Die Briten beantworteten die Forderungen der malaiischen politischen Elite nicht mit militärischer Unterdrückung. Statt dessen verhandelten sie und erzielten einen Kompromiß (*Federation of Malaya Agreement*), den beide Seiten für vorteilhaft hielten. Die Briten erreichten damit ein höheres Maß an administrativer Homogenität, während die wesentlichen Forderungen der malaiischen politischen Elite erfüllt wurden, nämlich die Autonomie der Sultane sowie die politische und rechtliche Privilegierung der malaiischen Bevölkerung zuungunsten der wirtschaftlich dominanten chinesischen Minderheit¹¹. Der auf friedlichem Weg erzielte Kompromiß war für die künftigen Beziehungen zwischen Malaya und Großbritannien von großer Bedeutung: Die Kooperationsbereitschaft überstand die Herausforderungen der „Emergency“, den Kampf gegen die chinesischen Kommunisten, sie prägte die Beziehungen auf dem Weg zur Unabhängigkeit im Jahre 1957, und sie bestimmte den Charakter der Beziehungen in der Zeit nach dem formalen Machttransfer.

Die Niederlande und Indonesien

Die Verhandlungen über den Machttransfer in Indonesien in der Zeit vom 23. August bis 2. November 1949 mündeten in der niederländischen Anerkennung der Unab-

¹⁰ Vgl. Paul Kratoska, *The Japanese Occupation of Malaya. A Social and Economic History*, London 1998, S. 306.

¹¹ Vgl. Darwin, *Britain and Decolonization*, S. 106–110; Martin Hak, „Self-Government in Due Course“: Die britischen Dekolonisierungskonzepte und ihre Umsetzung in Malaya 1900–1960, Frankfurt a. M./Bern u. a. 1998, S. 255–268; T. N. Harper, *The End of Empire and the Making of Malaya*, Cambridge 1999, S. 57–84; Albert Lau, *The Malayan Union Controversy, 1942–1948*, Singapur 1991; Arthur J. Stockwell, *British Imperial Policy and Decolonization in Malaya, 1942–1948*, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 13 (1984), S. 68–97; Simon C. Smith, *British Relations with the Malay Rulers from Decentralization to Malayan Independence, 1930–1957*, Kuala Lumpur 1995, S. 59–199; Nicholas J. White, *Business, Government, and the End of Empire. Malaya, 1942–1957*, Oxford 1996, S. 63–96.

hängigkeit des größten Staates Südostasiens am 27. Dezember 1949¹². Die „Round Table Conference“ in Den Haag ließ jedoch drei wesentliche Komplexe offen, die in den folgenden Jahren die Beziehungen zwischen beiden Staaten nachhaltig belasten sollten.

Der erste Komplex betraf die von den Niederländern favorisierte Niederländisch-Indonesische Union. Diese stieß bei den Indonesiern auf grundsätzliche Ablehnung. Um die im Hintergrund wirkende amerikanische Diplomatie jedoch nicht zu brüskieren, traten die republikanischen Delegierten für eine „sehr lockere Union“ ohne institutionalisierten Status ein¹³. Die Niederländer wiederum verlangten eine föderationsähnliche Verbindung zweier souveräner Staaten unter dem einenden Haupt der niederländischen Krone. Der maßgeblich auf den amerikanischen Diplomaten Merle Cochran zurückgehende Kompromiß reflektierte das indonesische Ziel vollständiger Souveränität und den niederländischen Wunsch nach einer symbolischen Einheit. Die niederländische Königin sollte das erste Oberhaupt der mit eigenen Institutionen ausgestatteten Union werden. Darüber hinaus sollte es halbjährliche Treffen auf Ministerebene sowie den Austausch von Hohen Kommissaren geben¹⁴.

Der zweite Komplex betraf wirtschaftliche und finanzielle Fragen. Hier konnte Den Haag das Maximum dessen durchsetzen, was erreichbar war, um die privilegierte Stellung der Niederlande in der indonesischen Volkswirtschaft über das Unabhängigkeitsdatum hinaus zu zementieren. Der neuen Nation wurden Staatsschulden in Höhe von 4,3 Mrd. Gulden (\$1,3 Mrd. Dollar) aufgebürdet, die indonesische Währung an den Gulden gebunden und die Vergesellschaftung von Unternehmen untersagt. Dies implizierte die Fortschreibung des privilegierten Status niederländischer Unternehmen. Außerdem mußte Jakarta niederländischen Rat einholen, wann immer die Wirtschafts- und Finanzpolitik Auswirkungen auf die niederländischen Unternehmen haben würde¹⁵.

Der dritte ungelöste Komplex betraf die Zukunft West-Irians (West-Neuguineas). Die niederländische Regierung, die noch 1947 West-Irian zu einem Teil der Vereinigten Staaten von Indonesien gemacht hatte, lehnte es nun – vor allem aus Prestige-Gründen – kategorisch ab, die Kontrolle über den Inselteil abzugeben. Nur wenig überzeugend argumentierte sie, das Gebiet sei „zu rückständig“ und müsse erst entwickelt werden, bevor es unabhängig bzw. ein Teil Indonesiens werden könne. Erst nach anhaltendem Widerstand der Indonesier gelang ein fragwürdiger Kompromiß; innerhalb eines Jahres sollte eine gemischte Kommission über die Angelegenheit entscheiden. Solange würde West-Irian unter niederländischer Kontrolle bleiben.

¹² Zum Hintergrund siehe Bernhard Dahm, Der Dekolonisierungsprozeß Indonesiens. Endogene und exogene Faktoren, in: Mommsen (Hrsg.), Das Ende der Kolonialreiche, S. 67–88.

¹³ T.B. Simatupang, Report from Banaran: Experiences during the People's War, Ithaca 1972, S. 174.

¹⁴ Vgl. De Jong, Koninkrijk der Nederlanden, Teil 12.2: Epiloog, S. 982; McMahon, Colonialism and Cold War, S. 299.

¹⁵ Vgl. George McTurnan Kahin, Nationalism and Revolution in Indonesia, Ithaca 1952, S. 438–440; McMahon, Colonialism and Cold War, S. 300f.; Hans Meijer, Den Haag–Djakarta. De Nederlandse-Indonesische Betrekkingen 1950–1962, Utrecht 1994, S. 47 u. 157.

Den Haag konnte mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden sein. Das verfassungspolitische Konstrukt, die föderalen Vereinigten Staaten von Indonesien, bestand fort und ließ sich als Instrument zur Durchsetzung niederländischer Interessen gegenüber der Republik verwenden. West Irian verblieb unter niederländischer Kontrolle, und die wirtschaftlichen und finanziellen Vereinbarungen würden zum Wiederaufbau der niederländischen Volkswirtschaft beitragen. Darüber hinaus war die starke niederländische Position in der indonesischen Wirtschaft legitimiert. Die Indonesier dagegen hatten das für sie wenig befriedigende Abkommen vornehmlich aus zwei Gründen unterzeichnet: Erstens gingen die Kompromisse auf Vorschläge der USA zurück, auf deren Sympathie man setzte und mit deren Hilfe man künftige Revisionen zu erreichen hoffte. Zweitens wollte man die Unabhängigkeit zum frühest möglichen Zeitpunkt.

Angesichts der empfindlichen Einschränkungen indonesischer Souveränität im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich und der anderen offenen Fragen war vielen Beobachtern klar, daß der Prozess der Dekolonisierung noch nicht abgeschlossen war¹⁶. Vom Tag der Unabhängigkeit an bemühten sich die indonesischen Regierungen und besonders der im Verlauf der fünfziger Jahre an Macht gewinnende Präsident Sukarno darum, die Revolution von 1945 und damit die Dekolonisierung zu vollenden. In der Perzeption indonesischer Regierungen und der Mehrheit der städtischen Eliten war dies ein Kampf um Indigenisierung und Souveränität, der erst mit dem Machttransfer in West-Irian während der Jahre 1962/63 abgeschlossen sein sollte.

Sehr rasch zerschlug die indonesische Regierung die verfassungspolitische Hinterlassenschaft der Kolonialmacht. Die Bundesstaaten der Vereinigten Staaten von Indonesien lösten sich innerhalb weniger Monate auf und traten der Republik bei. Den Haag mahnte Vertragstreue an, doch dies konnte die Gründung der unitaristischen Republik Indonesien am 17. August 1950 nicht verhindern. Der Niederländisch-Indonesischen Union erging es nicht wesentlich besser. Insbesondere mit Blick auf die Außenpolitik hatte Den Haag eine enge Kooperation vorgeschwebt, in deren Rahmen die Niederländer als wohlwollende Berater agieren würden. Forderungen indonesischer Journalisten und Politiker nach Abschaffung der Union, die Einstellung der regelmäßigen Ministertreffen, aber auch eine realistische Einschätzung der Entwicklungen seitens Den Haags führten Mitte 1954 zur Ersetzung der Hohen Kommissare durch gewöhnliche Gesandte¹⁷. Nachdem ein letzter Versuch der Regierung Harahap zur konsensorientierten Lösung der West-Irian-Frage gescheitert war, kündigte Indonesien im Februar 1956 die Union auf. Diese Entscheidung wurde

¹⁶ Sir Frank Kermode an Ernest Bevin vom 25. 1. 1951, in: Public Record Office London (künftig: PRO), Foreign Office (künftig: FO) 371/92462. Siehe auch Anak Agung, *Twenty Years Indonesian Foreign Policy 1945–1965*, [Den Haag 1973] Yogyakarta 1990, S. 67–78; Mohammed Hatta, *An Independent Active Foreign Policy*, in: *Foreign Affairs* 31 (1952/53), S. 441–453, bes. S. 441f.; Meijer, *Den Haag–Djakarta*, S. 51.

¹⁷ Vgl. Agung, *Twenty Years Indonesian Foreign Policy*, S. 80; Meijer, *Den Haag–Djakarta*, S. 283–287, 300f., 311, 440f.

weithin als der letzte Schritt auf dem Weg zur konstitutionellen Emanzipation Indonesiens von der kolonialen Vergangenheit betrachtet. Die niederländische Presse zeigte sich empört, doch mit Blick auf die beträchtlichen Interessen der Wirtschaft in Indonesien nahm Den Haag von einem offiziellen Protest Abstand. Auf dem internationalen Parkett wurde die Aufkündigung der Union kaum beachtet. Als der amerikanische Außenminister John Foster Dulles im März 1956 nach Jakarta reiste, lehnte er jede Kommentierung des Ereignisses ab. Statt dessen erklärte er, daß „only those who have gone through the process of transformation from a colony to being an independent nation can understand the problems involved“¹⁸.

Die Zurückdrängung des niederländischen Einflusses im indonesischen Alltag vollzog sich ebenso zügig wie die Auflösung der konstitutionellen Bindungen. Unmittelbar nach der „Round Table Conference“ hatte die niederländische Regierung große Hoffnungen in die Entwicklung der kulturellen Beziehungen gesetzt. So stellte sie beträchtliche Summen für die Anschaffung niederländischer Schulbücher in Indonesien und für die Finanzierung von Austauschprogrammen für Studierende bereit¹⁹. Doch kulturelle Entfremdung und radikaler Nationalismus erschwerten auf Ausgleich angelegte Politikentwürfe gemäßiger indonesischer Politiker und verhinderten alle Bemühungen der ehemaligen Kolonialmacht, niederländische Kultur und Sprache in Indonesien zu fördern.

Kulturelle Indigenisierung ging dem Kampf für die Unabhängigkeit voraus. Bereits 1942 hatte die japanische Besatzungsmacht den Gebrauch von Niederländisch in der Öffentlichkeit untersagt. Die Ereignisse zwischen 1945 und 1949 förderten diese Entwicklung²⁰. Bereits einen Monat nach Übertragung der Souveränität, im Januar 1950, reagierte die Regierung auf Forderungen der gemäßigt islamistischen Masyumi-Partei, der Sozialisten sowie anderer nationalistischer Parteien und erklärte *bahasa Indonesia* zur Nationalsprache, obwohl diese noch heute nur von sieben Prozent der Indonesier als Erstsprache verwendet wird. Die Indigenisierung der primären und sekundären Schulausbildung erfolgte ebenfalls rasch, und die meisten Schulen erfüllten die Vorgabe der Regierung, innerhalb von drei Jahren *bahasa* einzuführen, sehr viel schneller. Auf den höheren Schulen wurde Niederländisch durch Englisch als Fremdsprache ersetzt²¹. Die kulturelle Indigenisierung vollzog sich auch an den Universitäten, allerdings weniger zügig als an den Schulen. Verord-

¹⁸ Öffentliche Erklärung von Dulles am 12. 3. 1956, zit. in: Memorandum of a Conversation between Dutch and American diplomats, Department of State, 13. 3. 1956, in: Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS) 1955–1957, Bd. 22, Washington 1989, S. 243–247, hier S. 244.

¹⁹ Vgl. Meijer, Den Haag–Djakarta, S. 279.

²⁰ Vgl. Kenichi Goto, „Bright Legacy“ or „Abortive Flower“: Indonesian Students in Japan during World War Two, in: Grant K. Goodman (Hrsg.), Japanese Cultural Policies in Southeast Asia during World War Two, Basingstoke/London 1991, S. 7–35; Aiko Kurasawa, Films as Propaganda Media on Java under the Japanese, 1942–45, in: Ebenda, S. 36–92.

²¹ Vgl. Walter H. Mallory, Aftermaths of Colonialism, in: Philip W. Thayer (Hrsg.), Nationalism and Progress in Free Asia, Baltimore 1956, S. 55–65; Meijer, Den Haag–Djakarta, S. 279–283, 583; Douglas S. Paauw, From Colonial to Guided Economy, in: Ruth T. McVeigh (Hrsg.), Indonesia, 2. überarbeitete Aufl., New Haven 1967, S. 155.

nungen mit dem Ziel, Hochschuldozenten zu zwingen, in *bahasa* zu lehren, konnten nur schrittweise umgesetzt werden, weil die große Mehrheit der Professoren Niederländer waren und auch die Lehrbücher in Niederländisch verfaßt waren²².

Im Verwaltungsbereich dagegen ging die indonesische Regierung zielstrebig vor: Bis zum Jahresende 1952 hatte sie über die Hälfte aller 17.000 niederländischen bzw. niederländisch-indonesischen Beamten entlassen, und selbst im Finanz- und Wirtschaftsministerium, das noch 1950 weitgehend in Händen ehemaliger Kolonialbeamter gewesen war, spielten Angestellte mit niederländischem Pass keine entscheidende Rolle mehr. Ein Jahr später war die Anzahl niederländischer Beamter bereits auf 2100 gesunken, am Jahresende 1955 waren es nur mehr 600. Bereits 1953 waren sich Beobachter einig, daß der kulturelle Einfluß der ehemaligen Kolonialmacht zwar noch vorhanden, aber in den drei Jahren seit Anerkennung der Unabhängigkeit stark gesunken war²³. Im Vergleich zu Indochina ging in Indonesien der kulturelle Einfluß der ehemaligen Kolonialmacht umfassender und rascher zurück.

Kulturelle Indigenisierung, anhaltende Unsicherheit und Guerillakämpfe im ländlichen Bereich sowie eine Niederländern gegenüber feindliche Politik führten zu einem Exodus niederländischer Staatsbürger; 1940 hatten hier noch 300.000 gelebt. Während des Kampfes um die Unabhängigkeit verließ rund ein Drittel von ihnen das Land. Ende 1950 war die Zahl der Niederländer und der niederländischen Indonesier auf 176.000 zusammengeschmolzen, sechs Jahre später lebten nur mehr 60.000, meist Eurasier, in Indonesien, vorwiegend in Jakarta, Bandung und Surabaya²⁴.

Vom Tag der Anerkennung der Unabhängigkeit an vergiftete die West-Irian-Frage die bilateralen Beziehungen zwischen den Niederlanden und Indonesien. Beide sahen in der Kontrolle der Inselhälfte nördlich von Australien ein nationales Projekt von großer Bedeutung. Für die niederländische Regierung und in zunehmendem Maße auch für die niederländische Öffentlichkeit half der Besitz des Territoriums, das Trauma des kolonialen Verlustes zu lindern. Die Kontrolle über West-Irian symbolisierte die glorreiche Vergangenheit, sie verschaffte den Niederlanden den Anschein einer politischen „Mittelmacht“ mit weltweiten Interessen, und sie ebnete einer regen Missionstätigkeit den Weg. Dahinter verbarg sich aber ein unverhohlener Revanchismus: Sukarno und die nationalistische Führung hatten den Kollaps des Kolonialreichs im Osten bewirkt, doch, komme was wolle, West-Irian würde niederländisch bleiben.

Für die indonesischen Regierungen, die Öffentlichkeit und besonders für Präsident Sukarno signalisierte die niederländische Präsenz die Fortdauer des verhaßten Kolonialismus. Politiker befürchteten, von West-Irian könnten irridentistische Bewegungen ausgehen, die den Zusammenhalt des kulturell heterogenen Inselreiches

²² M. C. Morland, Annual Review of Events in Indonesia für 1953 vom 12. 1. 1954, in: PRO, FO 371/112139; siehe auch Meijer, Den Haag-Djakarta, S. 281f., 313, Anm. 77.

²³ Vgl. F. J. Goedhart, Een Revolutie op Drift. Indonesisch Reisjournaal, Amsterdam 1953.

²⁴ Vgl. Herbert Feith, The Decline of Constitutional Democracy in Indonesia, Ithaca 1962, S. 373-378; Meijer, Den Haag-Djakarta, S. 655.

gefährdeten. Zugleich war der Anspruch auf West-Irian von hoher Symbolkraft; mit ihm konnte indonesische Identität und Nationalität konstruiert werden. Außerdem bot die Frage besonders für Sukarno ein willkommenes Mittel, um von den drängenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen des Landes abzulenken. Die „Befreiung“ der Insel entwickelte sich somit zur zentralen außenpolitischen Forderung aller indonesischer Parteien während der fünfziger und frühen sechziger Jahre²⁵.

Bereits im März 1950 erkannte die *New York Times*, daß „die Niederländer sich nicht wie Leute verhalten, die Ende des Jahres weggehen werden“²⁶. Zwar legte Den Haag im Dezember das Angebot vor, die Verwaltung des Territoriums der Union zu übertragen. Doch zu diesem Zeitpunkt war sämtlichen niederländischen Politikern bereits klar, daß Indonesien darauf nicht eingehen würde. Bis Mitte 1954 versuchte die indonesische Diplomatie, auf bilateraler Ebene eine Einigung zu erzielen. Doch je mehr Jakarta seine Bemühungen verstärkte, desto mehr sperrte sich Den Haag²⁷. Parallel dazu suchten beide Parteien nach Verbündeten. Dabei waren die Niederlande erfolgreicher: Australien, ein früher Befürworter indonesischer Unabhängigkeit, unterstützte Den Haag aus strategischen Erwägungen. Mit Blick auf die Lage in Borneo entschied sich auch Großbritannien für die Unterstützung der niederländischen Position. Washington, das beiden Seiten sein Verständnis bekundete, optierte für Neutralität – eine Haltung, die unter den gegebenen Umständen den niederländischen Anspruch bestätigte²⁸.

Nachdem alle Bemühungen zur Beilegung der Krise gescheitert waren, wandte sich die indonesische Regierung im Sommer 1954 an die Vereinten Nationen. Doch die Neutralität der Vereinigten Staaten bewirkte, daß auch die lateinamerikanischen Staaten dem indonesischen Resolutionsentwurf die Stimme versagten. Damit rückte eine notwendige Zweidrittelmehrheit in der Generalversammlung in weite Ferne²⁹. Vergleichbare multilaterale Bemühungen im Rahmen der Bandung-Konferenz hatten eben so wenig Erfolg. Als Den Haag im Frühsommer 1956 das Territorium explizit zum niederländischen Gebiet erklärte, war eine friedliche Konfliktlösung im Grunde

²⁵ Vgl. Agung, *Twenty Years Indonesian Foreign Policy*, S. 83; Feith, *Decline of Constitutional Democracy*, S. 155–165.

²⁶ *New York Times* vom 6. 3. 1950. Die Zeitung berichtete, die Niederlande bauten Verwaltung, Armee und staatliche Wirtschaftsaktivitäten aus.

²⁷ Vgl. Agung, *Twenty Years Indonesian Foreign Policy*, S. 80–103; Meijer, *Den Haag–Djakarta*, S. 255–259, 273f., 279, 440f.; Franklin B. Weinstein, *Indonesian Foreign Policy and the Dilemma of Dependence*. From Sukarno to Soeharto, Ithaca/London 1976, S. 291–294, 311–314.

²⁸ Zu Australien siehe Memorandum of a Conversation between Prime Minister Robert Gordon Menzies and Secretary of State, John Foster Dulles, 15. 3. 1953, in: *FRUS 1955–1957*, Bd. 22, S. 143f.; für die britische Haltung siehe Brief regarding [Ambassador] Dr. Subandrio's call on the Minister of State vom 11. 3. 1954, in: *PRO, FO 371/112156, D4/1051/4*; zur amerikanischen Perspektive siehe insbesondere Dean Acheson an H. Merle Cochran, Botschafter in Jakarta, 25. 1. 1952, in: *FRUS 1952–1954*, Bd. 12, Teil II, Washington 1987, S. 249–251, und Meeting with Mr. Murphy to discuss Bureau of European Affairs recommendations for revising US policy on the Western New Guinea issue, 8. 4. 1955, in: *FRUS 1955–1957*, Bd. 22, S. 148f.

²⁹ Vgl. Agung, *Twenty Years Indonesian Foreign Policy*, S. 104–107, 121f.; Feith, *Decline of Constitutional Democracy*, S. 450–461.

kaum mehr möglich. Jakarta reagierte auf diese Provokation mit der Aufkündigung der ohnehin bedeutungslosen Union sowie mit einer Radikalisierung seiner Politik. In dieser dritten Phase entschied sich die immer stärker unter dem Einfluß Sukarnos stehende Regierung für die Anwendung massiven Drucks. Im Dezember 1957 nationalisierte sie alle in Indonesien operierenden niederländischen Unternehmen.

Letztlich verantwortlich für diese Entwicklung war der niederländische Außenminister Joseph Luns, der jahrelang verbissen an einem Axiom Den Haager Außenpolitik festgehalten hatte – der Prinzipientreue. Denn zur starren Haltung von Luns hatte es seit Jahren Alternativen gegeben: niederländische Diplomaten in Indonesien hatten ebenso wie die Interessenverbände der niederländischen Wirtschaft beständig zu einer Einigung geraten. Selbst in London und Washington hatte man immer weniger Verständnis für die irrationale Sturheit des Außenministers³⁰. Luns, dessen Position allein durch eine komplizierte Koalitionsarithmetik mehrheitsfähig war, reagierte auf die Ereignisse in Indonesien mit den Mitteln klassischer Kanonenboot-Politik: gut ein Jahr nach der Suez-Krise verlegte Den Haag 4000 Soldaten, Flugzeuge sowie den einzigen niederländischen Flugzeugträger nach West-Irian. Von diesem Zeitpunkt an deutete alles auf eine militärische Konfrontation hin. Im Dezember 1960 unterzeichnete der indonesische Generalstabschef Nasution in Moskau einen Vertrag zur Lieferung sowjetischer Waffen im Umfang von 450 Millionen Dollar, und die Armee begann mit der Infiltrierung der Inselhälfte. Nach der Einrichtung eines Operationskommandos unter dem Befehl General Suhartos mobilisierte Indonesien im Frühjahr 1962 seine Truppen. Angesichts der krisenhaften Zuspitzung der Lage gab nun die amerikanische Regierung unter Präsident John F. Kennedy ihre Neutralität auf. Das klare machtpolitische Übergewicht Indonesiens in der Region, amerikanischer Druck, internationale Isolation und wachsende Kritik in den Niederlanden selbst zwangen Den Haag zum Einlenken. Unter Vermittlung der Vereinigten Staaten kam ein Vertrag zustande, der Indonesien das Recht einräumte, West-Irian für sechs Jahre zu verwalten. Danach sollte ein Volksentscheid über das künftige politische Schicksal entscheiden. 1969 votierte dann die Mehrheit der Bewohner für den Verbleib bei Indonesien³¹.

Die Strategie, mit der Indonesien den Machttransfer in West-Irian erreichte, entsprach derjenigen des Unabhängigkeitskampfes: Bereitschaft zum Verhandeln, Involvierung der internationalen Gemeinschaft, eine späte, aber klare Veränderung der amerikanischen Position, zunehmende internationale Isolierung der Niederlande und eine wachsende öffentliche Kritik in den Niederlanden selbst. Schlaglichtartig beleuchtet die Auseinandersetzung um West-Irian ein von der internationalen For-

³⁰ Vgl. Meijer, Den Haag-Djakarta, S. 550–552, 599, 605; J. J. C. Voorhoeve, *Peace, Profits and Principles. A Study of Dutch Foreign Policy*, Den Haag/Boston 1979.

³¹ Vgl. Agung, *Twenty Years Indonesian Foreign Policy*, S. 299–312; Paul F. Gardner, *Shared Hopes, Separate Fears. Fifty Years of US-Indonesian Relations*, Boulder 1997, S. 173–179; Meijer, Den Haag-Djakarta, S. 608–610. Siehe auch Evan Luard, *A History of the United Nations*, Bd. 2: *The Age of Decolonization 1955–1965*, London 1989, S. 327–347; Timothy P. Maga, *John F. Kennedy and the New Pacific Community, 1961–63*, New York 1990, S. 51–70.

schung auch für andere Dekolonisierungsprozesse belegtes Phänomen: politische Entscheidungen der Kolonialmächte wurden ohne Rücksicht und gelegentlich sogar gegen den ausdrücklichen Willen der Wirtschaft getroffen – mochten deren Interessen noch so bedeutend sein³². Und die Interessen der niederländischen Wirtschaft in Indonesien waren bedeutend.

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit befand sich die auf Subsistenz und Rohstoffexporten basierende indonesische Wirtschaft in einer ernsten Krise. Ausbeutung durch die Japaner und die Verwerfungen der Kriegs- und Nachkriegszeit hatten zu einem empfindlichen Rückgang des Bruttosozialprodukts geführt³³. Erschwerend hinzu kamen die wirtschaftspolitischen und finanziellen Vereinbarungen der „Round Table Conference“. Sie bürdeten dem neuen Staat erhebliche Schulden – zumeist bei niederländischen Banken – sowie Pensionszahlungen auf. Darüber hinaus sicherten sie den Niederlanden ein Mitspracherecht bei der Formulierung der indonesischen Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Der niederländische Einfluß im Bereich der Geschäftsbanken war beträchtlich. Die Versorgungsunternehmen gehörten zum großen Teil Niederländern, der für den Inselstaat unabdingbare Schiffsverkehr wurde weitgehend durch die *Koninklijke Nederlandse Paketvaart Maatschappij* (KPM) bedient, während die indonesische Fluglinie, *Garuda*, von der niederländischen KLM kontrolliert wurde. Aufgrund der Logik der kolonialen Wirtschaft spielte das produzierende Gewerbe keine große Rolle. Im allgemeinen waren die wenigen größeren, während der Depression der dreißiger Jahre gegründeten Unternehmen in niederländischer Hand, die Kleinbetriebe gehörten Indonesiern oder Chinesen. Im Bergbau, der für den Erwerb von Devisen eine erhebliche Rolle spielte, waren die Eigentumsverhältnisse relativ gleich auf Niederländer und Indonesier verteilt. Die Ölindustrie, Indonesiens wichtigste Devisenquelle, wurde allerdings von ausländischen Unternehmen, in erster Linie von *Royal Dutch Shell*, *Caltex* und *Stanvac*, beherrscht³⁴.

Die Landwirtschaft, in der der weitaus größte Teil der indonesischen Bevölkerung sein Auskommen fand, gab den Nationalisten wenig Grund zur Klage. Schon die Kolonialverwaltung hatte den bäuerlichen Kleinbesitz unterstützt, und während der

³² Vgl. Kalyani Bandyopadhyaya, *Political Economy of Nonaligned Indonesia and Malaysia*, New Delhi 1990, S. 12; Willard A. Hanna, *The Economics of Incongruity*, in: Ders., *Bung Karno's Indonesia. A Collection of 25 Reports Written for the American Universities Field Staff*, New York 1960, WAH-15-59.

³³ Vgl. Shigeru Sato, *Oppression and Romanticism: The Food Supply of Java during the Japanese Occupation*, in: Paul Kratoska (Hrsg.), *Food Supplies and the Japanese Occupation in South-East Asia*, Basingstoke/London 1998, S. 167-186; Pierre van der Eng, *Regulation and Control: Explaining the Decline of Food Production in Java, 1940-1946*, in: Ebenda, S. 187-207; Anthony Reid, *The Blood of the People: Revolution and the End of Traditional Rule in Northern Sumatra*, Kuala Lumpur 1979, S. 148-177.

³⁴ US Petroleum Interests in Indonesia, Memorandum der Abteilung für Philippinen und südostasiatische Angelegenheiten vom 11. 7. 1951, in: National Archives, Washington, D. C. (künftig: NA), Record Group (künftig: RG) 59, Lot 54D190, Box 12. Siehe auch Frank H. Golay u. a., *Underdevelopment and Economic Nationalism in Southeast Asia*, Ithaca/London 1969, S. 137-140, 144-151, 158-160, 162.

fünfziger Jahre befanden sich rund 90 Prozent des bewirtschafteten Landes in indonesischer Hand. Allerdings wurde der ebenfalls für die Erwirtschaftung von Devisen so wichtige Anbau und Export von Plantagenprodukten (Gummi, Tabak, Kaffee, Palmöl) fast ausschließlich von niederländischen und britischen Firmen durchgeführt. Ebenso lagen Export und Import in Händen weniger niederländischer Handelshäuser. Insgesamt beliefen sich die niederländischen Investitionen in Indonesien im Jahre 1950 auf 3,1 bis 3,5 Milliarden Gulden. Steuern und Abgaben niederländischer Unternehmen machten zwischen 35 Prozent (1951) und 50 Prozent (1954) der gesamten Staatseinnahmen aus, und die niederländischen Firmen erwirtschafteten über 20 Prozent der indonesischen Devisen. In den Niederlanden selbst trug das indonesische Engagement sowie der Handel in den frühen fünfziger Jahren mit 7 bis 8 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei³⁵.

Wirtschaftspolitisch eher konservative Politiker wie Vizepräsident Hatta und seine Berater traten dafür ein, nicht an den bestehenden Besitzverhältnissen zu rütteln, sondern durch gezielte Subventionen die Gründung indigener Unternehmen zu fördern. Weniger moderate Politiker dagegen forderten eine weitgehende Vergesellschaftung sowie eine radikale Indigenisierung der Wirtschaft. Einig war man sich jedoch bei zwei zentralen Anliegen: bei der Nationalisierung der Währung und beim Know-how-Transfer aus dem Ausland. So wurden ausländische Unternehmen dazu angehalten, auch auf der Leitungsebene verstärkt Indonesier anzustellen bzw. diese weiterzubilden. Der indonesische Gulden wurde Anfang 1950 durch die Rupiah ersetzt, und die niederländische Notenbank (*Java Bank*) im Dezember 1951 nationalisiert und in *Bank Indonesia* umbenannt³⁶.

Die moderaten Veränderungen bei den Eigentumsverhältnissen stießen jedoch auf wachsende Kritik im Parlament. Das latente Mißtrauen gegenüber ausländischen Unternehmen, teilweise geschürt durch angebliche niederländische Beteiligungen an Unruhen außerhalb Javas, wurde durch die Befürchtung gesteigert, die amerikanische Regierung verlange politisches Wohlverhalten im Gegenzug für Entwicklungshilfe³⁷. Als nach Ende des Korea-Booms die Rohstoffpreise fielen und die Gewerk-

³⁵ Vgl. ebenda, S. 151–157, 167; Meijer, Den Haag–Djakarta, S. 648f, 654. Die Kapitalanlagen verteilten sich auf folgende Sektoren: Landwirtschaft: 1250–1400 Millionen, Erdöl: 500–800, Bergbau: 400–700, Schiffsverkehr: 100–200, Luft- und Straßenverkehr: 100–400, Bankwesen: 200, Handel: 500; Öffentliche Versorgung: 100.

³⁶ Vgl. Herbert Feith, *Dynamics of Guided Democracy*, in: McVeigh (Hrsg.), *Indonesia*, S. 309–409, bes. S. 312f.; Golay u. a., *Underdevelopment and Economic Nationalism*, S. 137f.; Meijer, Den Haag–Djakarta, S. 158f. Die Indigenisierung der Arbeitnehmer vollzog sich offenbar zufriedenstellend. Der Ölkonzern Stanvac beispielsweise berichtete, der Anteil von Indonesiern in den Bereichen Technik, Verwaltung und Management sei von 27 % (1949) auf 72 % am Jahresende 1954 gestiegen. Wie zahlreiche andere große Firmen richtete die Vereinigung der niederländischen Import- und Exporteure Schulen zur Weiterbildung ein. Der Kredit wurde gewährt, weil Den Haag fürchtete, daß die Indonesiern sonst die Vereinigten Staaten um Hilfe bitten würden.

³⁷ Die amerikanische Wirtschaftshilfe addierte sich zwischen 1950 und dem 30. 6. 1959 auf insgesamt \$ 392 Millionen. Darüber hinaus erhielt Indonesien durch Vermittlung der Vereinigten Staaten im Jahre 1950 einen Kredit über \$ 100 Millionen von der Export-Import Bank. Nach dem Besuch Sukarnos in Moskau setzte sowjetische Finanzhilfe ein (bis Mitte 1959 insgesamt \$ 204 Millionen).

schaften höhere Löhne erzwingen, drehte die indonesische Regierung immer mehr an der Steuerschraube. Dies wiederum beeinflusste die Unternehmenspolitik. Während sich die Ölmultis wegen ihrer herausragenden Bedeutung Privilegien sicherten und über die gesamten fünfziger Jahre ihre Investitionen aufstockten, begannen zahlreiche niederländische Unternehmen ihre Investitionen zu beenden und ihr Kapital zurückzuziehen³⁸. Um den Staatshaushalt zu stabilisieren, begann die Regierung Ali Sastroamidjojo 1954 mit verstärkter Nationalisierung. Die Versorgungsunternehmen wurden im Januar 1954 verstaatlicht, und Jakarta erzwang den Verkauf der KLM-Anteile an Garuda. Dies führte zu einer erheblichen Kapitalflucht; zwischen 1954 und 1957 flossen jährlich rund 200 Millionen Gulden ab, umgerechnet \$57 Millionen. Seit 1956 wurde kein einziger Gummibaum mehr auf niederländischen Plantagen gepflanzt, und die Erträge von Tabak und Kaffee fielen im Vergleich zur Vorkriegszeit um über 30 Prozent. Um der zunehmend schwieriger werdenden Lage Herr zu werden, kündigte Jakarta 1956 seine Staatsschulden gegenüber den Niederlanden auf³⁹.

Das Ende des niederländischen Einflusses auf das indonesische Wirtschaftsleben kam im Dezember 1957. Der unmittelbare Anlaß zur Verstaatlichung sämtlicher niederländischer Unternehmen war die Tatsache, daß eine indonesische West-Irian Resolution in der UN-Generalversammlung nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhalten hatte. Doch die eigentlichen Gründe lagen tiefer: Nach sieben Jahren geringen wirtschaftlichen Wachstums war die herrschende Elite um Präsident Sukarno davon überzeugt, daß das indonesische Experiment mit liberaler Marktwirtschaft und der Entwicklung einer „pluralen Wirtschaft“, die gleichermaßen Möglichkeiten für Indonesier und für ausländische Investoren bot, gescheitert war. Von der Regierung unterstützte und von linken Gewerkschaften organisierte Massenkundgebungen in Jakarta steigerten die Spannungen, aber auch Rebellionen in Teilen Indonesiens, die schwierige Wirtschaftslage und eine weitverbreitete Wut auf die „Machenschaften der Kolonialisten“. In den ersten Dezembertagen kündigte die Regierung Vergeltungsmaßnahmen gegen die Niederlande an, Gewerkschaftler besetzten niederländische Unternehmen, am 4. Dezember nationalisierte das Parlament die Unternehmen (mit Ausnahme der Shell und der ebenfalls teilweise britischen Unilever), und am gleichen Tag brach die Regierung die diplomatischen Beziehungen mit Den Haag ab⁴⁰. In den folgenden Wochen verließen die meisten der rund 60.000 Menschen, die einen niederländischen Pass besaßen, das Land.

Die britische Entwicklungshilfe blieb gering, wurde aber besonders geschätzt, da sie im Rahmen des Colombo Plans gewährt wurde. In den späten fünfziger Jahren flossen dann auch japanische Reparationen im Umfang von \$ 196 Millionen ins Land. Vgl. Willard A. Hanna, *The United States is Perplexed*, in: Ders., *Bung Karno's Indonesia*, WAH-35-59.

³⁸ Vgl. Lindblad, *Foreign Investment in Southeast Asia*, S. 105.

³⁹ Vgl. Golay u. a., *Underdevelopment and Economic Nationalism*, S. 156; Lindblad, *Foreign Investment in Southeast Asia*, S. 104; Paauw, *From Colonial to Guided Economy*, in: McVeigh (Hrsg.), *Indonesia*, S. 155-247.

⁴⁰ Vgl. Justus M. van der Kroef, *Disunited Indonesia*, in: *Far Eastern Survey* 27 (1958), S. 49-63; Golay u. a., *Underdevelopment and Economic Nationalism*, S. 184-192; Meijer, *Den Haag-Dja-*

Presse und Regierung in den Niederlanden reagierten mit Empörung auf die Nachrichten aus Indonesien. Sukarno wurde mit Hitler verglichen, und Den Haag bezifferte den Schaden auf rund \$ 1,2 Milliarden. Hinzu kamen Verluste infolge des Zusammenbruchs des Zwischenhandels. Die Schadenshöhe war deutlich übertrieben, aber Verluste von etwa \$ 200 Millionen stellten eine erhebliche Summe dar. Im Bereich der internationalen Beziehungen hatte die Enteignung kaum Auswirkungen⁴¹. In Indonesien betrachteten Medien und die breite Öffentlichkeit die Vergesellschaftung der niederländischen Unternehmen als einen wichtigen Schritt der Emanzipation vom Erbe des Kolonialismus. Rein wirtschaftlich gesehen war die Nationalisierung ein Fehler. Sie erfolgte zu einer Zeit, als die kleine indonesische Wirtschaftselite nicht in der Lage war, die personellen Lücken zu schließen. Daher wurden zahlreiche Leitungsfunktionen mit Armeemitgliedern besetzt – eine Lösung, die zu massiver Korruption und Nepotismus einlud und den bis heute andauernden großen Einfluß der Armee zementierte. Der Wunsch nach einer umfassenden Indigenisierung erfüllte sich ebenfalls nicht, da vor allem chinesische Geschäftsleute von der Abwanderung der Niederländer profitierten. Kurzfristig führte die Nationalisierung zu erheblichen Nahrungsmittelengpässen, da der Schiffsverkehr zwischen den Inseln für einige Monate zum Erliegen kam. Außenwirtschaftlich bewirkte sie eine Annäherung an Japan und, sehr zum Ärger der Niederländer, an die Bundesrepublik Deutschland, die sich zum bevorzugten europäischen Partner entwickelte⁴².

Für die Niederlande wiederum bedeutete das Ende der Beziehungen mit Indonesien wirtschaftlich keinen allzu schwerwiegenden Verlust. Während zu Beginn der fünfziger Jahre der Handel mit Indonesien und die dortigen niederländischen Investitionen noch mit 7 bis 8 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beigetragen hatten, war dieser Anteil bis 1957 auf 2,9 Prozent zurückgegangen⁴³. Diese Entwicklung reflektierte die zunehmende Neigung von Investoren, Kapital nicht mehr in Regionen mit politischen oder historischen Bindungen anzulegen, sondern dort, wo die

karta, S. 577–594; Leslie H. Palmier, *Indonesia and the Dutch*, London 1962, S. 100–110; Paauw, *From Colonial to Guided Economy*, in: McVeigh (Hrsg.), *Indonesia*, S. 156.

⁴¹ Vgl. Meijer, *Den Haag–Djakarta*, S. 592–603. Washington war tief verstrickt in die regionalen Spannungen in Indonesien und hatte kein Interesse an einer Zuspitzung der Lage. Im Gegenteil: Nach dem Scheitern der Rebellion auf Sumatra 1957/58 gewährten die USA Jakarta beträchtliche Kredite, und London führte Verhandlungen über den Verkauf von Jagdbombern an Indonesien. Gesprächsaufzeichnung im Foreign Office vom 29. 1. 1958, in: PRO, FO 371/135864, DH10329/12.

⁴² Die Bundesrepublik Deutschland wurde als ein Partner geschätzt, der von kolonialer Vergangenheit unbelastet war. Jakarta griff daher gerne auf deutsche Berater zurück. Ein prominentes Beispiel war der ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, der die indonesische Regierung 1951 beriet. Geheime indonesische Bemühungen, mit den Niederlanden eine Einigung zu erzielen, gingen zumeist von der diplomatischen Vertretung in Bonn aus. Nach der Nationalisierung der niederländischen Unternehmen wies Jakarta die in den Niederlanden studierenden Indonesier an, an deutschen Universitäten weiter zu studieren. Außerdem wurden bereits bestehende Austauschprogramme intensiviert. Die indonesischen Exporte in die Bundesrepublik stiegen von 400 bis 450 Millionen rupiah p.a. in der Zeit zwischen 1953 und 1957, auf über zwei Milliarden p.a. in den Jahren 1960 und 1961. Vgl. Meijer, *Den Haag–Djakarta*, S. 450, 650.

⁴³ Vgl. ebenda, S. 592–603.

höchste Rendite zu erwarten war. Zugleich war sie Ausdruck der beginnenden wirtschaftlichen Integration Europas, insbesondere der in den fünfziger Jahren an Dynamik gewinnenden deutsch-niederländischen Wirtschaftsbeziehungen⁴⁴.

Für Sukarno und die regierenden Eliten war der Kampf um die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Emanzipation vom niederländischen Kolonialismus erst 1962/63 beendet. Der Prozeß der Dekolonisierung, der mit der japanischen Besetzung Indonesiens 1942 deutlich an Dynamik gewann, war am Tag der Anerkennung der Unabhängigkeit im Dezember 1949 noch längst nicht abgeschlossen. Er umfaßte die Lösung der West-Irian-Frage, die Indigenisierung und Nationalisierung der Wirtschaft, die faktische Ausweisung der Niederländer, und die Zurückdrängung des kulturellen und sprachlichen Einflusses der ehemaligen Kolonialmacht. Zehn Jahre nach dem offiziellen Machttransfer erinnerte kaum noch etwas an die einstmals so sichtbare Präsenz der Niederlande in Indonesien, eine Präsenz, deren Anfänge bis ins ausgehende 16. Jahrhundert zurückreichten. Der Fall Indonesien stellt die radikalste Transformation von Beziehungen mit der ehemaligen Kolonialmacht in Südostasien dar.

Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen des Dekolonisierungsprozesses für die Niederlande sind noch wenig erforscht und sollen hier nur thesenhaft formuliert werden, im Grunde ist dies ein eigenes Thema. Der Verlust des Kolonialreichs und die spannungsreichen Beziehungen zu Indonesien während der fünfziger und frühen sechziger Jahren hatten keinen unmittelbaren Einfluß auf die niederländische Außenpolitik. Trotz erheblicher Kritik an den Vereinigten Staaten, denen beträchtliche Teile der Öffentlichkeit, der Medien und der Regierung immer wieder vorwarfen, die niederländischen Interessen mißachtet zu haben, standen atlantische Partnerschaft und die Mitgliedschaft in der NATO niemals zur Disposition⁴⁵. Zu vermuten ist ein Zusammenhang zwischen dem Verlust des Kolonialreichs und der Bereitschaft zur wirtschaftlichen Integration in Westeuropa. Innenpolitisch spielte die Auseinandersetzungen mit Indonesien eine ambivalente Rolle; einerseits bot sie den Stoff für vehemente emotionale Reaktionen von seiten der Politik und der Medien; andererseits waren sie Meinungsumfragen zufolge für die übergroße Mehrheit der Niederländer nur von untergeordneter Bedeutung. Gesellschaftliche Herausforderungen wie Wiederaufbau, Wohnungsnot, Arbeitsplatzsicherung, Ausbau des Sozialstaats und anderes prägten die öffentliche Diskussion. Die Auseinandersetzung über die koloniale Vergangenheit und über Indonesien erlahmte damit jedoch

⁴⁴ Henri Baudet, *The Netherlands after the Loss of Empire*, in: *Journal of Contemporary History* 4 (1969), S. 127–141.

⁴⁵ In vertraulichen Meinungsumfragen zur Perception Amerikas in den Niederlanden und Frankreich wurde als häufige Quelle anti-amerikanischer Ressentiments die Einmischung der USA in den Dekolonisierungsprozess genannt. *Public Opinion in Western Europe. Attitudes towards Political, Economic and Military Integration*, Januar 1953, in: NA, *Records of the United States Information Agency (RG 306)*, Office of Research, *Miscellaneous Reports and Studies from Various Offices of the State Department, 1952–1953*, Box 2. Siehe auch Hans Blom, *Crisis, Bezetting en Herstel. Tien studies over Nederland 1930–1950*, Rotterdam 1989, S. 187; Wesseling, *Indië verloren*, rampspoed geboren, S. 285f., 292–308.

nicht. Vor allem Zurückgekehrte, Vertriebene, aus Mischehen stammende Niederländer und ethnische Gruppen wie die Molukken hielten die Diskussion wach, wobei interessanterweise bis heute die Kolonialherrschaft von zahlreichen Niederländern als insgesamt positiv für das südostasiatische Inselreich bewertet wird⁴⁶.

Frankreich und Indochina

Gewöhnlich heißt es, die Genfer Konferenz von 1954 habe das Ende des französischen Kolonialreichs in Indochina besiegelt. Doch der Machttransfer war sehr viel komplizierter; wie im Falle Indonesiens handelt es sich um einen Prozeß. Dieser wurde geprägt durch das Auftreten nationalistischer Gruppierungen, durch dritte Akteure und durch Konflikte zwischen Frankreich und den neuen unabhängigen Staaten.

Zum Zeitpunkt der Genfer Indochinakonferenz (8. Mai bis 21. Juli 1954) lagen Unabhängigkeitserklärungen von Kambodscha (13. März 1945), Laos (8. April 1945) und Vietnam (2. September 1945) vor. Weil Frankreich keine der Erklärungen anerkannt und statt dessen halb-autonome „Assoziierte Staaten“ innerhalb der „Französischen Union“ geschaffen hatte (Elysée Abkommen vom 8. März 1949), wurde über die Unabhängigkeit entweder auf dem Verhandlungsweg oder auf dem Schlachtfeld entschieden. Laos, der demographisch, politisch und wirtschaftlich unbedeutendste Teil des französischen Kolonialreiches in Indochina, unterzeichnete im Oktober 1953 einen Vertrag, der dem Land die Souveränität gab. Ein Militärbündnis mit Frankreich, die andauernde Präsenz französischer Truppen und die Mitgliedschaft des Landes in der Französischen Union verschafften der ehemaligen Kolonialmacht jedoch weitreichenden Einfluß. In seinem „Kreuzzug für die Unabhängigkeit“ errang König Norodom Sihanouk einen Monat später Kambodschas volle Autonomie, inklusive der Kontrolle über die Armee. Doch die Mitgliedschaft innerhalb der Französischen Union sicherte Paris auch hier erhebliche Befugnisse bei der Geld-, Handels- und Wirtschaftspolitik. Die Genfer Vereinbarungen bestätigten die Unabhängigkeit beider Staaten innerhalb der Französischen Union und erlaubten Frankreich die Entsendung militärischer Berater nach Kambodscha sowie den Unterhalt von Militärbasen in Laos. In Vietnam war die Entwicklung noch komplizierter. Die Genfer Waffenstillstandsvereinbarungen und die vorübergehende Teilung des Landes beschränkten die Staatsgewalt der „Demokratischen Republik Vietnam“ auf das Territorium nördlich des 17. Breitengrads und implizierten die französische Verantwortlichkeit für die Verwaltung des Südens. Das Genfer Abkommen sah darüber hinaus landesweite Wahlen innerhalb von zwei Jahren vor, die zur Wiedervereinigung führen und die Unabhängigkeit des Landes vollenden sollten⁴⁷.

⁴⁶ Einführend siehe Paul Doolan, *Time for Dutch Courage in Indonesia*, in: *History Today* 47 (1997), H. 3, S. 3–5.

⁴⁷ Vgl. Denise Bouche, *Histoire de la Colonisation Française*, Bd. 2: *Flux et Reflux (1815–1962)*, Paris 1991, S. 436–451; James Cable, *The Geneva Conference of 1954 on Indochina*, New York 1986; Lloyd C. Gardner, *Approaching Vietnam. From World War II through Dienbienphu*, New

Nach der Genfer Konferenz versuchte Paris zunächst, soviel politischen, militärischen und wirtschaftlichen Einfluß in Indochina zu bewahren wie möglich. Dabei war der bevorzugte Partner nicht Kaiser Bao Dai, dessen Einfluß man realistischerweise als gering einstufte. Ebenso wenig traute man seinem Premierminister im Süden, Ngo Dinh Diem, ein erklärter Nationalist und Gegner des Kolonialismus. Vielmehr verfolgte Paris eine Doppelstrategie: im Süden setzte man auf Kräfte, die während der Kolonialzeit kooptiert worden waren, und im Norden bemühte man sich um einen Ausgleich mit den Viet Minh⁴⁸. Dafür glaubte man gute Gründe zu haben. Französische Bergbau- und Industriebeteiligungen, insbesondere der Kohlenkonzern *Charbonnages du Tonkin*, waren im Norden konzentriert, und die Führer des Viet Minh hatten mit ihrem Interesse an einer Mitgliedschaft in der Französischen Union erklärt, Frankreichs Einfluß auf die Finanz-, Handels- und Wirtschaftspolitik zu akzeptieren. Hinzu kam die Überzeugung, daß das Regime im Süden sich nicht lange würde halten können und daß ein Sieg des Viet Minh bei den landesweiten Wahlen sicher wäre⁴⁹. Zunächst reagierten die Führer des Viet Minh positiv auf das französische Interesse an einer Kooperation. Kriegsbedingte Zerstörungen, die Furcht vor einem amerikanischen Engagement im Süden des Landes und die Absicht, eine wirtschaftlich unabhängige und von chinesischen Einflüssen weitgehend freie Nation aufzubauen, machten Frankreich zu einem geradezu natürlichen Partner⁵⁰.

Ungeachtet britischer Irritationen und vor dem Hintergrund der schroffen Ablehnung der *de-facto*-Anerkennung der kommunistischen Demokratischen Republik Vietnam (DRV) durch Washington schickte Paris im Herbst 1954 eine „Handelsmission“ nach Hanoi. Die von Jean Sainteny, einem langjährigen Bekannten Ho Chi Minhs geleitete Mission wurde ein halbes Jahr nach der demütigenden Niederlage bei Dien Bien Phu mit allen Ehren empfangen⁵¹. Sainteny erzielte ein vorläufiges Abkommen, das die französischen Wirtschaftsinteressen nördlich des 17. Breiten-

York/London 1988, S. 179–314; Robert F. Randle, Geneva 1954: *The Settlement of the Indochinese War*, Princeton 1969; Anthony Short, *The Origins of the Vietnam War*, London 1989, S. 153–185; Ralph B. Smith, *An International History of the Vietnam War. Revolution versus Containment, 1955–1961*, London/New York 1983, S. 19–73.

⁴⁸ Guy la Chambre (Saigon), Minister für die Assoziierten Staaten, an Außenministerium vom 23.10.1954, in: Centre Archive d'Outre Mer, Aix-en-Provence (künftig: CAOM), Haut Commissariat de France à Saigon, HCI 113/355.

⁴⁹ Pierre Mendes-France, Instructions pour Monsieur Sainteny, Délégué General du Gouvernement de la République Française au Nord Vietnam vom 23.10.1954, in: Archives du Ministère des Affaires Étrangères, Paris (künftig: MAE), Asie-Océanie 1944–1955: Indochine, 21; Jean Sainteny, Hanoi, an Mendes-France vom 27.10.1954, in: Ebenda. Siehe auch Tony A. Duff, britische Botschaft Paris, an F.S. Tomlinson nach einem Gespräch mit M. Clarat, Chef de Cabinet, Ministerium für die Assoziierten Staaten vom 11. 2. 1955, in: PRO, FO 371/117133. Zur britischen Politik, die ebenfalls eine klare Erfüllung der Genfer Vereinbarungen befürwortete und damit die Ausdehnung der Demokratischen Republik Vietnam auf ganz Vietnam in Kauf zu nehmen bereit war, siehe Arthur Combs, *The Path Not Taken: The British Alternative to US Policy in Vietnam, 1954–1956*, in: *Diplomatic History* 19 (1995), S. 33–57.

⁵⁰ Interview mit Pham Van Dong, *Le Monde*, 2. und 3. 1. 1955, zit. in: Hammer, *Struggle for Indochina*, S. 346.

grads schützen sollte. Er war außerdem beteiligt am ordnungsgemäßen Abzug der französischen Truppen aus Hanoi und Haiphong. Darüber hinaus sicherte er den Fortbestand der *Ecole française de l'Extrême Orient* und des *Lycee Albert Sarraut* in Hanoi, das viele der vietnamesischen Führer in ihrer Jugend besucht hatten. Im April 1955 schließlich gelangte die *Charbonnages du Tonkin* gegen eine Entschädigung in staatlichen Besitz⁵².

Gerade der Verkauf der Kohlebergwerke machte den begrenzten Handlungsspielraum Saintenys und der französischen Regierung deutlich. Unmittelbar bevor nordvietnamesische Vertreter die Leitung der Bergwerke übernehmen wollten, hatten die französischen Manager auf massiven Druck der amerikanischen Regierung die Anlagen weitgehend demontiert⁵³. Auch die Übereinkunft zum Schutz französischer Wirtschaftsinteressen erwies sich als nicht umsetzbar: Bis auf wenige Ausnahmen verließen sämtliche Franzosen das Land, zerstörten ihren Besitz oder nahmen mit, was nur irgendwie transportabel war. So lebten am Jahresende 1954 nur noch etwa hundert Franzosen im Norden Vietnams, vorwiegend in Hanoi; vor dem Waffenstillstand waren es 6500 gewesen. Eingeschüchert von lokalen Behörden, verließen auch zahlreiche Nordvietnamesen, die mit den Franzosen zusammengearbeitet hatten, das Land, sowie etwa eine Million Katholiken, die über eine amerikanische „Freiheitsbrücke“ von Haiphong in den Süden gelangten. Angesichts dieser Entwicklungen erwies sich die Zusammenarbeit zwischen Sainteny und der Regierung in Hanoi als zunehmend schwierig und ergebnislos. Hanoi reagierte darauf mit einem Zurückdrängen der französischen kulturellen Hinterlassenschaft, mit einer weitgehenden Einstellung der wirtschaftlichen Beziehungen und, während der sechziger Jahre, mit der Verweigerung französischer Entwicklungshilfe⁵⁴.

Während der sechziger Jahre verhinderte der amerikanische Krieg in Vietnam jede Anbahnung engerer Beziehungen. Ein freundlicher Briefwechsel zwischen Charles de Gaulle und Ho Chi Minh konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß Frankreich keine Möglichkeiten hatte, nachhaltig auf die Entwicklungen Einfluß zu nehmen. In Frankreich selbst symbolisierte die starke Antikriegsbewegung das anhaltende Interesse am Schicksal der ehemaligen Kolonie. Auf politischer Ebene kam es bald nach dem Waffenstillstandsabkommen vom Januar 1973 zu einer Wiederbelebung der Beziehungen.

⁵¹ Vgl. *New York Times* vom 13. 10. 1954. Siehe auch Philippe Devillers/Jean Lacouture, *End of a War. Indochina 1954*, New York 1969, S. 352–360. Zur britischen Haltung vgl. Memoranden von James Cable, Southeast Asia Department, Foreign Office vom 11. 2. und 10. 4. 1955, in: PRO, FO 371/117133. Zur amerikanischen Perspektive siehe William J. Sebald an Dulles, 17. 1. 1955, in: FRUS 1955–1957, Bd. 1, Washington 1985, S. 41–45; National Security Council Report, NSC 5721/1, Statement of US Policy on France, 19. 10. 1955, in: FRUS 1955–1957, Bd. 27, Washington 1992, S. 181–200.

⁵² Vgl. Hammer, *Struggle for Indochina*, S. 343.

⁵³ Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Premierminister Edgar Faure und dem amerikanischen Botschafter in Paris, Douglas Dillan, 29. 4. 1954, in: FRUS 1955–1957, Bd. 1, S. 320–323.

⁵⁴ Notiz im französischen Außenministerium vom 5. 9. 1955, in: MAE, AO 1944–1955, Indochine, 21. So meinte auch der britische Konsul in Hanoi, Sainteny habe „jeglichen Einfluß bei dem Regime verloren“. Baker an Foreign Office vom 7. 6. 1955, in: PRO, FO 371/11713. Dalloz, *War in Indo-China*, S. 199; *US Army Area Handbook for Vietnam*, Washington 1962, S. 101f.

Frankreich gewährte Hanoi Entwicklungshilfe im Umfang von 100 Millionen Francs, und nach dem Sieg Nordvietnams über das Regime in Saigon absolvierte Premierminister Pham Van Dong seinen ersten offiziellen Besuch im Westen in Frankreich (April 1977). Dabei wurde der nach der Eroberung des Südens konfiszierte französische Besitz teilweise zurückgegeben. Im Gegenzug gewährte Frankreich Entwicklungshilfe im Umfang von 671 Millionen Francs. *Elf Aquitaine* erhielt Explorationsrechte in Vietnam, und die französische Regierung setzte sich bei der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds für die Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Westen und Vietnam ein. Diese Bemühungen blieben zunächst erfolglos, da die Reagan-Administration hoffte, den Krieg doch noch mit wirtschaftlichen Mitteln gewinnen zu können und infolgedessen Aktivitäten internationaler Organisationen blockierte⁵⁵. Doch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft hatte Frankreichs Eintreten für seine ehemalige Kolonie einigen Erfolg. Ungeachtet der bitteren Erinnerungen an die koloniale Vergangenheit sowie des Indochinakriegs und trotz der eingeschränkten bilateralen Beziehungen während des amerikanischen Engagements in Vietnam betrachten sich Paris und Hanoi bis heute als jeweils privilegierte Partner innerhalb der Regionen Europa und Südostasien.

Die Beziehungen Frankreichs mit Südvietnam (seit 1955 „Republik Vietnam“) waren nicht weniger komplex. Im Gegenteil, nach dem Genfer Abkommen war die Rolle und Position der Kolonialmacht nicht klar definiert. Die Konferenz von Genf betraute Frankreich für die Zeit bis zu den spätestens für Juli 1956 vorgesehenen gesamtvietnamesischen Wahlen mit der Verwaltung des Südens. Auch die vietnamesische Armee (150.000 Soldaten) blieb unter dem Oberbefehl General Paul Elys, des Kommandeurs des Französischen Expeditionskorps, das Ende 1954 mit noch 125.000 Mann eine nach wie vor deutlich sichtbare Präsenz im Süden Vietnams bot. Vereinbarungsgemäß sollten die Truppen erst auf Verlangen der vietnamesischen Regierung abgezogen werden. Darüber hinaus arbeiteten zahlreiche Franzosen bzw. Vietnamesen mit französischem Pass in der Verwaltung, und die berüchtigte *Sûreté* steuerte Organisationen wie die Cao Dai und die Hoa Hao, Sekten mit jeweils mehreren hunderttausend Anhängern, die über eigene Verwaltungen sowie Privatarmeen verfügten und in ihren regionalen Einfluszbereichen jeweils autonom regierten⁵⁶. Trotz des jahrelangen Kriegs und der Repatriierung erheblicher Vermögenswerte waren die französischen Wirtschaftsinteressen in den Bereichen Banken, Versorgungsunternehmen, Dienstleistungen sowie der Landwirtschaft beträchtlich⁵⁷.

⁵⁵ Vgl. Marc Frey, *Geschichte des Vietnamkriegs*, München 2002, S. 182f.; Marianna P. Sullivan, *France's Vietnam Policy. A Study in French-American Relations*, Westport/London 1978, S. 102, 130.

⁵⁶ General Paul Ely (Saigon) an Mèndes-France, 15.11.1954, in: CAOM, Haut-Commissariat de France à Saigon, HCI 113/335.

⁵⁷ Vgl. Dominique Barjot, *Les Entreprises de Travaux Publics Face à la Décolonisation: Une Adaption Difficile, Mais Réussie? (1940-1956)*, in: Charles-Robert Ageron (Hrsg.), *Les chemins de la Décolonisation de l'Empire Colonial Français*, Paris 1986, S. 157-164; David Anderson, *Trapped by Success. The Eisenhower Administration and Vietnam, 1953-1961*, New York 1991, S. 98-100; Jacques Marseille, *Empire colonial et capitalisme français. Histoire d'un divorce*, Paris 1984, S. 350ff.

Mehrere Faktoren trafen jedoch aufeinander, die es Frankreich unmöglich machten, einen seinen vielfältigen Möglichkeiten entsprechenden Einfluß auszuüben. Nationalistische Politik und Forderungen nach kultureller und wirtschaftlicher Indigenisierung gewannen nach der Stabilisierung des Diem-Regimes im Mai 1955 erheblich an Bedeutung. Sehr viel unmittelbarer jedoch war das amerikanische Bemühen um Zurückdrängung des politischen Einflusses Frankreichs⁵⁸. Denn seit der zweiten Jahreshälfte 1954 traten die Partner der South East Asian Treaty Organization (SEATO) kaum verhohlen als Konkurrenten auf. Während Washington das Diem-Regime stützte, bemühte sich die französische Diplomatie um Alternativen zu dem nationalistischen und anti-kolonialistischen Premierminister⁵⁹. Massive amerikanische Proteste führten seit Herbst 1954 zu einer einigermaßen konstruktiven Zusammenarbeit zumindest mit dem Oberkommandierenden der Streitkräfte, General Ely. Doch Beamte der Pariser Ministerien sowie französische Diplomaten vor Ort arbeiteten nach wie vor an einem Sturz Diems. Beobachter in Saigon und Paris lagen mit ihrer Einschätzung, Diem sei nicht die geeignete Persönlichkeit, um einen Staat aufzubauen, sicherlich nicht falsch, und im April 1955 wäre es beinahe gelungen, ihn zu entmachten. Die Sekten rebellierten, die von Franzosen befehligte vietnamesische Armee weigerte sich, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, und die von der Kolonialverwaltung begünstigte Mafiaorganisation der Binh Xuyen forderte offen zum Widerstand gegen Diem auf. Südvietnam befand sich am Rande des Chaos. Selbst ein so vorbehaltloser Sympathisant Diems wie der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower beauftragte nun seinen Sondergesandten in Saigon, General Lawton J. Collins, nach Alternativen zu suchen⁶⁰.

Diems überraschend erfolgreiche Unterdrückung der Sekten und der Binh Xuyen Ende April, Anfang Mai 1955, stabilisierte nicht nur sein Regime und verschaffte ihm die vorbehaltlose amerikanische Unterstützung. Sie veränderte grundlegend den Charakter der Beziehungen zwischen dem Diem-Regime und Frankreich. Während Saigon Indigenisierung und nationalistische Politikentwürfe nun zunehmend för-

⁵⁸ Zur amerikanische Vietnampolitik in den ersten Jahren der Ära Diem siehe Anderson, *Trapped by Success*, S. 121–198; Robert Buzzanco, *Masters of War. Military Dissent and Politics in the Vietnam Era*, Cambridge/New York 1996, S. 55–80; William J. Duiker, *US Containment Policy and the Conflict in Indochina*, Stanford 1994, S. 194–248; George C. Herring, *America's Longest War. The United States and Vietnam, 1950–1975*, New York 1996, S. 46–79; George McTurnan Kahin, *Intervention. How America Became Involved in Vietnam*, New York 1986, S. 93–121.

⁵⁹ Commissariat Général de France en Indochine, Direction des Services Français de Sécurité, *Rapport Mensuel* für Oktober 1954, in: CAOM, Haut Commissariat de France à Saigon, HCI 5/31; Memorandum of Conversation on Indochina, zwischen Dulles und Guy la Chambre, 6. 9. 1954, in: NA, RG 59, Lot 55D480, Box 7; Botschafter Dillon (Paris) an Department of State, 6. 1. 1955, in: FRUS 1955–1957, Bd. 1, S. 19–21; Joint Department of State–Joint Chiefs of Staff Meeting, Briefing by Admiral Arthur Radford on a Trip to the Far East, 14. 1. 1955, in: Ebenda, S. 35.

⁶⁰ Vgl. Dulles an Dillon, 27. 4. 1955, in: FRUS 1955–1957, Bd. 1, S. 294–296; Memorandum of Discussion at the 246th Meeting of the National Security Council, 28. 4. 1955, in: Ebenda, S. 307–312. Siehe auch Denise Artaud, *Spring 1955: Crisis in Saigon*, in: Lawrence S. Kaplan/Denise Artaud/Mark R. Rubin (Hrsg.), *Dien Bien Phu and the Crisis of Franco-American Relations, 1954–1955*, Wilmington 1990, S. 211–228; Hammer, *Struggle for Indochina*, S. 346–362.

derte, versuchte er gleichzeitig seine bisherigen, eher vorsichtigen Bemühungen zur Zurückdrängung des französischen Einflusses in Armee, Wirtschaft, Verwaltung und Politik fortzusetzen.

Militärisch erfuhr das Diem-Regime die uneingeschränkte Unterstützung der Vereinigten Staaten. Gelegentliche Ausschreitungen gegen französische Soldaten, eine feindselige Saigoner Regierung, aber auch die zunehmenden Spannungen in Frankreichs nordafrikanischen Kolonien beschleunigten den Abzug der französischen Truppen und die Konzentration der Streitkräfte in Saigon und Cape St. Jacques im Juni 1955. Bereits am 15. August war die französische Truppenstärke auf 45.000 gesunken. Nachdem Diem etwa 6000 Offiziere wegen Zusammenarbeit mit den Franzosen entlassen hatte, drängte er auf die Übertragung des Oberkommandos der vietnamesischen Streitkräfte⁶¹. Diese Machtansprüche wurden in Paris, wo man gerne am Oberkommando festgehalten hätte, nur ungern vernommen. Doch als auch die USA nach einigem Zögern die Position Diems unterstützten – führende Militärs bewerteten die Tätigkeit der französischen Ausbilder als mangelhaft –, waren die Tage der französischen Militärpräsenz in Südvietnam gezählt: am 28. April 1956 wurde das französische Oberkommando offiziell aufgelöst. Dieser Tag markierte, wie der Korrespondent der Londoner Times zurecht vermerkte, „das Ende einer Ära in Indochina“. Bereits Monate zuvor hatte Diem die Mitgliedschaft in der Französischen Union aufgekündigt. Die diplomatischen Beziehungen wurden mit der Abberufung der Hohen Kommissare und der Entsendung des ersten französischen Botschafters nach Südvietnam im August 1956 normalisiert⁶².

Wie in fast alle neuen unabhängigen Staaten auch betrachtete die Regierung in Saigon die Zurückdrängung des wirtschaftlichen Einflusses der ehemaligen Kolonialmacht als ihr vordringliches politisches Anliegen. Indigenisierung und wirtschaftlicher Nationalismus waren Teil einer Strategie, mit der die eigenen Staatsbürger stärker als bisher an Eigentum und Produktionsmitteln beteiligt werden sollten. Diese Politik zielte auf die Hebung des Lebensstandards, diente aber auch dazu, das Prestige des Regimes nach innen und außen zu stärken⁶³. Wirtschaftliche Modernisierung und Indigenisierung wurden in Vietnam erschwert durch kriegsbedingte Zerstörungen und Kapitalabflüsse. Seit 1945 hatten zahlreiche französische Unternehmen ihre Aktivitäten reduziert und in anderen Regionen investiert, insbesondere in Afrika⁶⁴. Trotzdem

⁶¹ Vgl. Sebald an Dulles vom 14. 6. 1955, in: FRUS 1955–1957, Bd. 1, S. 449–445; Kenneth T. Young an Walter F. Robertson, Assistant Secretary of State for Far Eastern Affairs, 2. 9. 1955, in: Ebenda, S. 532–534. Der Stützpunkt am Cape St. Jacques war seit 1953 erheblich ausgebaut worden. Er sollte als Frankreichs Marinebasis im Fernen Osten dienen. Siehe Botschafter G. Frederick Reinhardt (Saigon) an Dulles nach einem Gespräch mit General Augustine Léon Guillaume, 24. 6. 1955, in: Ebenda, S. 468–470. Prominentes Opfer der gelegentlichen Ausschreitungen gegen Franzosen war General Pierre Jacquot, Elys Stellvertreter. Er wurde unter fadenscheinigen Begründungen im Februar 1956 verhaftet und mißhandelt. Siehe Memorandum of Conversation zwischen Dulles und dem französischen Außenminister Christian Pineau in Karachi, 7. 3. 1956, in: FRUS 1955–1957, Bd. 27, S. 36–43.

⁶² The Times vom 30. 4. 1956.

⁶³ Vgl. Golay u. a., *Underdevelopment and Economic Nationalism*, S. vii.

war der relative wirtschaftliche Einfluß Frankreichs noch 1954 so beträchtlich, daß Paris der Regierung in Saigon ein Wirtschafts- und Finanzabkommen auferlegen konnte, das in vielerlei Hinsicht den ungleichen Wirtschaftsverträgen zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen (1946) sowie zwischen den Niederlanden und Indonesien (1949) entsprach⁶⁵. Verständlicherweise versuchte das Diem-Regime, sich so rasch wie möglich dieses Abkommens zu entledigen. Ein erster Schritt hin zur Finanzhoheit war die Gründung einer vietnamesischen Notenbank am 1. Januar 1955. Von größerer Bedeutung war indes die Kündigung des Wirtschafts- und Finanzabkommens nach Ablauf des ersten Jahres. Damit verfügte das Land am Jahresende 1955 über die volle wirtschaftliche, handels- und finanzpolitische Souveränität⁶⁶.

Nach 1955 spielte die Indigenisierung der Wirtschaft eine erhebliche Rolle. Systematisch vollzog sie sich jedoch nur im Bereich der Reisproduktion. Für andere Bereiche der vietnamesischen Wirtschaft erließ die Regierung Bestimmungen, welche die Aktivitäten französischer Betriebe behinderten. Verschiedene holzverarbeitende Konzerne wechselten ihren Besitzer, weil sie keine Konzessionen mehr erhielten oder unter der Steuerlast zusammenzubrechen drohten. Auch die öffentlichen Versorgungsunternehmen gingen in vietnamesische Hände über. Für zahlreiche Unternehmen wurde der Transfer von Gewinnen ins Ausland erschwert⁶⁷.

⁶⁴ Paradigmatisch beleuchtet dies die Unternehmenspolitik der bedeutendsten Bank Indochinas, der staatseigenen Banque de l'Indochine. Das 1875 gegründete Geldinstitut hielt ein Monopol auf Neuemissionen französischer Aktien in Asien oder im Pazifik tätiger Unternehmen. Es wickelte das Kredit- und Wechselgeschäft für französische Firmen in Indochina ab, und es fungierte als Notenbank. Nach dem Zweiten Weltkrieg reduzierte die Bank ihre Aktivitäten in Indochina erheblich, während sie in Französisch-Afrika expandierte. Nicht alle französischen Unternehmen folgten dem Beispiel der Banque de l'Indochine, aber der Kapitalabfluß aus Vietnam beschleunigte sich nach 1950. Betrag der Wert der französischen Anlagen in Indochina 1945 rund 321 Millionen francs (francs-Wert 1938), waren es 1953 nur noch 90 Millionen. Im gleichen Zeitraum stieg der Wert der französischen Anlagen in Westafrika von 127 auf 229 Millionen. Vgl. Dieter Brötel, Dekolonisierung des französischen Empire in Indochina: metropolitane, periphere und internationale Faktoren, in: Mommsen (Hrsg.), Ende der Kolonialreiche, S. 110f.; Dalloz, War in Indochina, S. 106; Lindblad, Foreign Investment in Southeast Asia, S. 61–67.

⁶⁵ Von amerikanischen Experten als „extraordinarily vague“ bezeichnet, kam es einer Währungsunion gleich. Saigon mußte sämtliche Devisen, die nicht im Rahmen der amerikanischen Entwicklungshilfe ins Land flossen, in einen französischen „Stabilisierungsfonds“ einzahlen. Dafür erhielt Vietnam Francs. Paris transferierte Devisen nach Saigon jedoch nur nach Maßgabe des in Frankreich projektierten Bedarfs. Darüber hinaus gewährte das Abkommen französischen Produkten Zollpräferenzen in Höhe von 15%. Schließlich mußte Südvietnam für alle Zahlungsverpflichtungen einstehen, die Frankreich im Rahmen der Französischen Union einging. Memorandum of Conversation, Vietnamese–French Economic and Financial Arrangements, zwischen dem designierten südvietnamesischen Botschafter in Washington, Tran Van Chuong, und Mitarbeitern des Bureau of Philippine and Southeast Asian Affairs, Department of State, vom 5.11.1954, in: NA, RG 59, Lot 55D480, Box 7.

⁶⁶ Vgl. Dillon an Department of State, 31.10.1955, in: FRUS 1955–1957, Bd. 1, S. 569, Anm. 4.

⁶⁷ Vgl. Golay u. a., Underdevelopment and Economic Nationalism, S. 402f.; The Times vom 25. 9. 1956. Diese und andere Verordnungen richteten sich gleichermaßen gegen die chinesische Minderheit (ca. 600.000), die zum größten Teil in Cholon, der chinesischen Zwillingstadt Saigons lebte. Im September 1956 wurden alle Chinesen, die in Vietnam geboren waren, zu vietnamesischen Staatsbürgern erklärt. Außerdem mußten sie vietnamesische Namen annehmen. Zugleich wurde

Abgesehen vom Reisanbau und den öffentlichen Versorgungsunternehmen fand jedoch keine systematische Indigenisierung statt. Die meist in französischem Besitz befindlichen Gummiplantagen (acht Gesellschaften produzierten etwa 90 Prozent des vietnamesischen Gummis und erwirtschafteten knapp zwei Drittel der südvietnamesischen Deviseneinkünfte) blieben unbehelligt. Französischen Unternehmen wie *Michelin* wurden Ende der fünfziger Jahre sogar steuerliche Vorteile eingeräumt. Auch die französischen Unternehmen in so unterschiedlichen Bereichen wie Tabak, Streichhölzer, Getränke, Schuhe, Flüssiggas, Baumaterialien, Automobile und pharmazeutische Produkte waren von der Indigenisierung nicht betroffen. *Air France* bediente den gesamten Luftverkehr mit Europa und einen beträchtlichen Teil innerhalb Asiens. Ironischerweise monopolisierten französische Reedereien in den sechziger Jahren nicht nur den Schiffsverkehr mit Europa, sondern hielten einen Marktanteil von rund 35 Prozent im amerikanisch-vietnamesischen Frachtverkehr⁶⁸.

Trotz dieser Politik der Indigenisierung bemühte sich Diem gleichzeitig, französisches Kapital ins Land zu holen, um möglichst unabhängig von amerikanischer Entwicklungs- und Wirtschaftshilfe zu bleiben. Nachfolgende Regime stützten sich ausschließlich auf amerikanisches Geld und amerikanische Soldaten. So verhängte Saigon 1964 Handelsbeschränkungen gegen französische Produkte, und im Juni 1965 beendete Nguyen Cao Ky, der de Gaulle beschuldigte, „direkt oder indirekt dem Feind zu helfen“, die diplomatischen Beziehungen zu Paris. Die bilateralen Handelsbeziehungen normalisierten sich 1969, aber erst nach dem Waffenstillstandsabkommen vom Januar 1973 wurden die diplomatischen Beziehungen wieder voll hergestellt. Im Zuge dieser Normalisierung wurde Frankreich wieder Vietnams wichtigster europäischer Handelspartner (1972 war Japan mit 35 Prozent Marktanteilen der wichtigste Anbieter, gefolgt von Frankreich mit 25 Prozent)⁶⁹.

Im Unterschied zu Indonesien blieb der kulturelle und sprachliche Einfluß Frankreichs auch nach der Unabhängigkeit Vietnams zunächst relativ stark, um dann jedoch bis Mitte der sechziger Jahre deutlich abzunehmen. So wechselte die Regierung in Saigon sämtliche Straßenbezeichnungen aus, viele französische Kleinbetriebe warben nun auch in Vietnamesisch. Als Ausdruck kultureller Befreiung ersetzten die juristischen und philosophischen Fakultäten der Hochschulen in Saigon, Hué und Dalat, das Französische durch die Landessprache, die naturwissenschaftlichen und medizinischen Fakultäten folgten 1961. Gesetzestexte, in den Anfangsjahren des Diem-Regimes meist zweisprachig verfaßt, wurden zunehmend nur noch in Vietnamesisch veröffentlicht. Doch nach wie vor galt der Besuch einer der fünf französischen Gymnasien und Fachhochschulen mit ihren rund 10.000 Schülern und Studen-

Ausländern untersagt, bestimmte Berufe auszuüben. Dies betraf beispielsweise den von Chinesen dominierten Reishandel. Die Verordnungen änderten wenig an den bestehenden Besitzverhältnissen, aber die Chinesen verloren ihre in den dreißiger Jahren von der französischen Kolonialverwaltung zuerkannten Privilegien.

⁶⁸ Vgl. Sullivan, *France's Vietnam Policy*, S. 129.

⁶⁹ Zit. nach *New York Times* vom 25. 6. 1965. Siehe auch Sullivan, *France's Vietnam Policy*, S. 97.

ten als Voraussetzung für eine erfolgreiche Karriere⁷⁰. Denn sie boten praktisch als einzige Schulen fremdsprachlichen Unterricht. Französische Zeitungen waren Ende der fünfziger Jahre überall in Saigon erhältlich, und die Mehrheit der im Ausland studierenden vietnamesischen Studenten war an einer französischen Universität eingeschrieben. Das Nachwirken der Vergangenheit, traditionelle Bande, Kenntnisse über Frankreich, familiäre Beziehungen, aber auch französische Stipendien erleichterten den Zugang zu französischen Hochschulen⁷¹.

Zu Beginn der sechziger Jahre setzte sich das Englische jedoch als erste Fremdsprache durch. Immer weniger französische Multiplikatoren lebten noch in Vietnam – 1962 etwa 3000 Franzosen sowie rund 7000 Vietnamesen mit französischem Pass. *Radio France-Asie* hatte schon 1956 den Sendebetrieb eingestellt, die letzte französischsprachige Zeitung in Saigon, das *Journal d'Extreme Orient*, fristete ein Schattendasein, und die Kinos orientierten sich zunehmend an Hollywood. Bereits 1959 bemerkte ein britischer Journalist die vielen Lehrmaterialien der BBC ("English for you"), die überall in Saigon zu kaufen waren, und private Englischschulen öffneten allenthalben ihre Pforten, „fast so wie Espresso-bars in London“⁷².

Eine Bewertung der kulturellen Hinterlassenschaft der ehemaligen Kolonialmacht bleibt somit ambivalent. Einerseits blieb das Französische für die städtischen Eliten bis in die frühen sechziger Jahre hinein die erste Fremdsprache, und auch danach büßte es seinen Einfluß nicht gänzlich ein. Andererseits führten kulturelle Indigenisierung, die Rückbesinnung auf die eigene Vergangenheit sowie der Siegeszug des Englischen als globalem Kommunikationsmedium in Kombination mit der Stationierung zehntausender amerikanischer Soldaten zwischen 1963 und 1965 zur Etablierung des Englischen als erster Fremdsprache.

Wie bereits erwähnt, bestätigte das Genfer Abkommen die Unabhängigkeit und Souveränität von Kambodscha und Laos, aber es gestattete Frankreich die Stationierung militärischer Berater bzw. eines kleinen Kontingents von Truppen in beiden Staaten. Politisch und militärisch übte Frankreich auch danach einen erheblichen Einfluß auf die Geschicke beider Länder aus. Die Weigerung des kambodschanischen Herrschers Sihanouk, mit den Vereinigten Staaten ein Verteidigungsbündnis zu schließen, ermöglichte es Frankreich, in die Rolle eines uneigennütigen Partners kambodschanischer Souveränität und Neutralität zu schlüpfen. Sihanouk ermunterte denn auch die französischen Militärberater zum Bleiben. Parallel dazu gab er amerikanischen Wünschen nach Entsendung eines kleinen Stabs militärischer Berater nach und nahm gleichzeitig bereitwillig amerikanische Militärhilfe an. Geschickt nutzte der König die Konkurrenz der beiden auswärtigen Akteure, um seine Handlungsspielräume zu erweitern⁷³.

⁷⁰ Vgl. *The Times* vom 29. 6. 1959; *US Army Area Handbook for Vietnam*, S. 118f.

⁷¹ Vgl. ebenda, S. 118–122, 148.

⁷² *The Times* vom 29. 6. 1959; vgl. auch Dalloz, *War in Indo-China*, S. 197; *US Army Area Handbook for Vietnam*, S. 62, 140f., 148.

⁷³ Zum franko-kambodschanischen Militärabkommen siehe Dulles an Dillon (Paris) vom 6. 1. 1955, in: *FRUS 1955–1957*, Bd. 21, Washington 1990, S. 403f.; zur französischen Absicht, „to keep com-

Kambodscha, ein von Subsistenzwirtschaft geprägtes Land, hatte keine große Rolle im Rahmen des französischen Kolonialreichs in Indochina gespielt, und die französischen Wirtschaftsinteressen konzentrierten sich im wesentlichen auf die Gummi-Produktion, das auf 3 Prozent der kultivierten Fläche gewonnen wurde. Doch weil Gummi praktisch das einzig exportfähige Produkt war, blieben die Eigentumsverhältnisse unangetastet. In den fünfziger und sechziger Jahren investierten Franzosen sogar vergleichsweise beträchtliche Summen in den Ausbau der Plantagen. Doch für andere Sektoren der Wirtschaft läßt sich durchaus eine Indigenisierung nachweisen. Analog zu den Entwicklungen in Süd-Vietnam gründete die Regierung in Phnom Penh eine Notenbank (3. Januar 1955) und kündigte die handels- und finanzpolitischen Verpflichtungen gegenüber Frankreich. Die wenigen öffentlichen Versorgungsunternehmen, beispielsweise die marktbeherrschende *Compagnie des Eaux et d'Électricité*, wurden gegen Entschädigung verstaatlicht und danach in die Hände kambodschanischer Investoren gegeben. Versuche, den von Chinesen und Franzosen dominierten Großhandel zu indigenisieren, blieben jedoch wegen ausufernder Korruption erfolglos⁷⁴. Da sich frühe Hoffnungen auf ausländische Investoren nicht erfüllten, bemühte sich die Regierung Sihanouk verstärkt um französische, und, seit Beginn der sechziger Jahre, auch um sowjetische Entwicklungshilfe⁷⁵. Gerade die französischen Entwicklungsprojekte verweisen auf ein typisches Phänomen in den sich verändernden Beziehungen zwischen einer ehemaligen Kolonialmacht und neuen unabhängigen Staaten: Entwicklungshilfe wurde vorwiegend ehemals abhängigen Gebieten gewährt. Persönliche Verbindungen, wechselseitige Kenntnisse und Interessen sowie gemeinsame Bemühungen um Überwindung der Bipolarität des Kalten Kriegs halfen vielfach, das von bitteren Gefühlen geprägte Bewußtsein des Kolonialismus zu transzendieren⁷⁶. Französische Sprache und Kultur spielte für die städtische Bevölkerung auch bis in die frühen siebziger Jahre eine große Rolle. Viele der städtischen Elite angehörende Kambodschaner hatten ver-

plete responsibility for training in Cambodia“ siehe Herbert Hoover, Jr., an Dillon vom 2. 2. 1955, in: Ebenda, S. 422–424; Lewis M. Purnell, Briefing Paper, Cambodia: Training of Cambodian Army, 22. 6. 1955, in: NA, RG 59, Lot 59D630, Box 1. Die American Military Assistance and Advisory Group bestand nur aus 31 Personen, die im wesentlichen mit der Verteilung der \$ 100–200 Mill. Militärhilfe befaßt waren. Siehe ein Schreiben des Botschafters in Phnom Penh, Robert McClintock, an den Commander in Chief, Pacific, Admiral Felix Stump, 30. 3. 1956, in: FRUS 1955–1957, Bd. 21, S. 506f. Siehe auch David P. Chandler, *A History of Cambodia*, Boulder 1983, S. 176–191, und Michael Leifer, *Cambodia. The Search for Security*, New York 1967, S. 43ff.

⁷⁴ Vgl. David P. Chandler, *The Tragedy of Cambodian History. Politics, War, and Revolution since 1945*, New Haven/London 1991, S. 71f. u. 91; Golay u. a., *Underdevelopment and Economic Nationalism*, S. 422–427.

⁷⁵ Vgl. Klaus-Dieter Osswald, *Frankreichs Entwicklungshilfe. Die Problematik der französischen Entwicklungshilfe in ihrer historischen, politischen und wirtschaftlichen Ausprägung, ihre Motivationen und Formen*, Köln/Opladen 1966, S. 94f.

⁷⁶ 85 % der bilateralen französischen Entwicklungshilfe ging in den sechziger Jahren in ehemals oder noch abhängige Gebiete. Dieser Prozentsatz hat sich bis heute kaum verändert. Siehe Osswald, *Frankreichs Entwicklungshilfe*, S. 59, und Heinz Kredt, *Die Entwicklungshilfepolitik Frankreichs*, in: Jürgen Bellers (Hrsg.), *Entwicklungshilfepolitik in Europa*, Münster 1988, S. 95–108.

wandtschaftliche Beziehungen zu Frankreich oder französische Freunde, wichtige Gesetze wurden nach wie vor in Französisch veröffentlicht, und die französische Entwicklungshilfe ging zu einem Gutteil in Bildung und öffentliche Verwaltung.

Das Königreich Laos, ein 1946 von den französischen Kolonialherren gegründeter Staat, war in post-kolonialer Zeit politisch, wirtschaftlich und sozial nicht weniger instabil als das benachbarte Vietnam. Regionalismen und Rivalitäten unter den herrschenden Eliten machten es ausländischen Akteuren (China, Frankreich, USA, DRV, Sowjetunion) leicht, die politischen Entwicklungen in Laos zu prägen. Weitgehend auf Subsistenzwirtschaft angewiesen, hatte die französische Kolonialherrschaft das Land kaum verändert. Noch in den späten sechziger Jahren bestanden die Voraussetzungen für eine Indigenisierung oder einen wirtschaftlichen Nationalismus nicht⁷⁷.

Frankreichs militärischer und politischer Einfluß auf die Entwicklungen in Laos in den ersten sieben Jahren nach der Genfer Konferenz war noch ausgeprägter als im Fall von Kambodscha. Aufgrund des franko-laotischen Militärbündnisses von 1953 war es Frankreich gestattet, bis zu 5000 Mann in dem südostasiatischen Land zu stationieren und die Ausbildung der von den USA finanzierten königlichen Streitkräfte fortzusetzen⁷⁸. Trotz wiederholter amerikanischer Versuche, den neutralistischen Führer Souvanna Phouma zu entmachten, gelang es diesem, die laotische Politik in den fünfziger und sechziger Jahre zu dominieren⁷⁹. Dabei wurde er tatkräftig von französischen Beratern unterstützt. Als Gegenleistung stand Laos der ehemaligen Kolonialmacht in den Vereinten Nationen bei, selbst wenn es um Fragen des französischen Kolonialismus ging⁸⁰. Und auch wenn laotische Politiker sich gelegentlich über den dominanten Einfluß Frankreichs innerhalb der Französischen Union beschwerten, so blieb das Land doch bis zur Auflösung der Union im Jahre 1958 Mitglied. Bis Mitte der siebziger Jahre war das Französische ein wichtiges Kommunikationsmittel auf den höheren Ebenen von Verwaltung, Militär, Wirtschaft und Justiz⁸¹.

Politische und verfassungspolitische Emanzipation Vietnams, Laos' und Kambodschas, wirtschaftlicher Nationalismus und kulturelle Indigenisierung, aber auch das Auftreten der Vereinigten Staaten zwangen die französische Politik nach 1955 zu einer umfassenden Neubewertung ihrer Interessen und Ziele in Südostasien. Frank-

⁷⁷ Vgl. Golay u. a., *Underdevelopment and Economic Nationalism*, S. 391; Michael Schultze, *Die Geschichte von Laos*, Hamburg 1994, S. 132–143.

⁷⁸ Vgl. *Analysis of Internal Security Situation in Laos and Recommended Action*, Paper Prepared by the Operations Coordinating Board, 21.12.1955, in: FRUS 1955–1957, Bd. 21, S. 718–725. Laut einem Bericht der Times vom 6. 8. 1959 waren etwa 1000 Mann in Seno stationiert und etwa 1150 Militärberater im Dienst.

⁷⁹ Vgl. Charles A. Stevenson, *The End of Nowhere. American Policy Toward Laos since 1954*, Boston 1972, S. 28–91; Roger Warner, *Shooting at the Moon. The Story of America's Clandestine War in Laos*, South Royalton 1996, S. 1–34.

⁸⁰ Siehe einen auf Geheimdienstmaterial beruhenden Bericht der US-Botschaft in Vientiane vom 9. 8. 1957, in: FRUS 1955–1957, Bd. 21, S. 960–962. Familiäre Bindungen spielten ebenfalls eine Rolle. Souvannas Frau entsprang einer Mischehe, und beide reisten regelmäßig nach Frankreich.

⁸¹ Vgl. *The Times* vom 2. 8. 1961.

reich blieb Mitglied der SEATO, doch abgesehen von einer halbherzigen Demonstration westlicher Einheit implizierte diese weder Verpflichtungen noch brachte sie nennenswerte Vorteile. Als Basis für Flüge zu den französischen Besitzungen im Pazifik besaßen die Stützpunkte in Laos einigen praktischen Wert. Doch angesichts der Unruhen in Nordafrika und des Kriegs in Algerien verlor Indochina Ende der fünfziger Jahre rasch seine strategische Bedeutung für Frankreich. Dort bewirkte die Loslösung Indochinas von der ehemaligen Kolonialmacht weder Spannungen noch erregte sie gesteigertes öffentliches Interesse. Wirtschaftlich brachte der Dekolonisierungsprozess keine Nachteile, da französische Unternehmen bereits im Zuge der Kriegshandlungen ihr Engagement drastisch gedrosselt hatten. Der *sale guerre* in Indochina, 1954 nur noch von acht Prozent der Franzosen befürwortet, hatte jede mentale Verbundenheit mit dem *Empire française* in Südostasien aufgezehrt und einer weitgehenden Erleichterung Platz gemacht. Zudem dominierte die Diskussion um die Zukunft Algeriens und der afrikanischen Besitzungen den gesellschaftlichen Diskurs über die Rolle Frankreichs als Kolonialmacht. Die innenpolitische Dekolonisierung vom südostasiatischen Teil des Empire vollzog sich daher umfassend und lautlos, korrespondierte jedoch mit einem zunehmendem kolonialpolitischem Anspruch gegenüber Nord- und Schwarzafrika⁸².

Großbritannien und Malaya

Die Beziehungen zwischen Großbritannien und Malaya in den Jahren nach der formalen Unabhängigkeit weisen kaum Parallelen zu den oben skizzierten Fällen auf, waren sie doch gekennzeichnet durch einen hohen Grad an Kooperationsbereitschaft⁸³. Die Gründe dafür liegen im Charakter der Kolonialherrschaft, der komplexen ethnischen Zusammensetzung und sozio-ökonomischen Struktur Malayas, in der Entwicklung des Landes seit der japanischen Besetzung 1942 und in einer realistischen Selbsteinschätzung von Großbritanniens Rolle und Position in Südostasien seit 1950.

Abgesehen vom vergleichsweise weniger exploitativen System britischer Kolonialherrschaft in Malaya in der Vorkriegszeit waren es im besonderen fünf Faktoren, die die Kooperationsbereitschaft sowohl der britischen Regierung als auch der malaisischen Nationalisten förderte: 1) Das Scheitern der *Malayan Union* 1948 führte Lon-

⁸² Vgl. Brötel, Dekolonisierung des französischen Empire in Indochina, in: Mommsen (Hrsg.), Ende der Kolonialreiche, S. 111; Kahler, Decolonization in Britain and France, S. 354–380.

⁸³ Die Föderation Malaya, 1948 gegründet, war das Ergebnis eines Verfassungskompromisses zwischen der britischen Regierung und den Sultanen der malaisischen Staaten. Der Name wurde auch nach der Unabhängigkeit am 31. 8. 1957 beibehalten. Die Föderation bestand aus allen ehemaligen britischen Protektoraten auf der malaisischen Halbinsel mit Ausnahme von Singapur, das unter britischer Herrschaft blieb. Im September 1963 traten die britischen Territorien in Nord-Borneo – Sabah und Sarawak – sowie Singapur der Föderation bei, die nun Federation of Malaysia hieß. Brunei votierte gegen den Beitritt und wurde 1984 unabhängig, Singapur mußte 1965 die Föderation wieder verlassen.

doner Politikern die Dynamik des malaiischen Nationalismus vor Augen. Auch wenn der erfolgreiche Widerstand gegen die Union London nicht umgehend dazu brachte, die britischen Machtansprüche über Malaya aufzugeben, so förderte er doch eine Neuorientierung der Kolonialpolitik, die nach 1948 auf eine Demokratisierung und auf einen graduellen Prozeß der Dekolonisierung zielte. 2) Großbritannien kooptierte erfolgreich die politische Elite des Landes, die malaiischen „Administocrats“. 3) Die britische Kolonialverwaltung förderte die Zusammenarbeit zwischen der malaiischen politischen Elite, die sich zunehmend in der *United Malay National Organization* (UMNO) zusammenfand, und den ethnischen Chinesen, die einen Anteil von 38 Prozent an der Gesamtbevölkerung hatten und deren Elite die Bereiche der Wirtschaft dominierte, die nicht in Händen von Briten lagen. Ethnische Vielfalt und ein Ausgleich zwischen den Ethnien, der sich in der verallgemeinernden Formel „Den Malaien die Politik, den Chinesen die Wirtschaft“ ausdrückte, verhinderte die für Indonesien und Vietnam so typische Ausprägung des Antagonismus von indigener Bevölkerung und kolonialer Herrschaft⁸⁴. Er wirkte zudem einem radikalen Wirtschaftsnationalismus entgegen. Außerdem förderte der Ausbruch der „Emergency“ im Jahre 1948 die Kompromißbereitschaft und den Kooperationswillen der chinesischen Wirtschaftselite und der malaiischen politischen Elite. Nicht die Kolonialisten, sondern die chinesischen Kommunisten wurde als die große Gefahr für die schwache ethnische Stabilität des Landes betrachtet. 4) Die Entwicklungen in Vietnam und die Auswirkungen der konfrontativen Politik Indonesiens boten keine konstruktiven Vorbilder. Im Gegenteil: seit den frühen fünfziger Jahren vertraten die UMNO und ihr Führer, Tunku Abdul Rahman, die Auffassung, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sei nur mit Hilfe ausländischer, vor allem britischer Investoren möglich. 5) Ein fünfter Faktor hatte mit dem multikulturellen Charakter der malaiischen Gesellschaft zu tun und mit der Erkenntnis, daß die englische Sprache das praktischste und politisch unverfänglichste Kommunikationsmittel darstellte⁸⁵.

⁸⁴ Die Formel wird zurecht als eine „political caricature“ bezeichnet, verdeckt sie doch die große Bedeutung ausländischen Kapitals und den Einfluß der Wirtschaft auf politische Entscheidungsprozesse. Dennoch bleibt festzuhalten, daß diese Teilung die Basis des Kompromisses bildet. Siehe Jomo Kwame Sundaram, *A Question of Class: Capital, the State, and Uneven Development in Malaya*, Singapore 1986, S. 246. Vgl. auch David Brown, *The State and Ethnic Politics in Southeast Asia*, London/New York 1994, S. 215–243.

⁸⁵ Vgl. John Coates, *Suppressing Insurgency: An Analysis of the Malayan Emergency, 1948–1952*, Boulder 1992; Karl Hack, *Defence and Decolonization in Southeast Asia. Britain, Malaya and Singapore 1941–1968*, Richmond 2001, S. 113–131; Edgar O’Ballance, *Malaya. The Communist Insurgent War, 1948–1960*, London 1966; Anthony Short, *The Communist Insurrection in Malaya, 1948–1960*, London 1975; Arthur J. Stockwell, *Policing during the Malayan Emergency, 1948–1960: Communism, Communalism and Decolonization*, in: David Anderson/David Killingray (Hrsg.), *Policing and Decolonization: Politics, Nationalism and the Police, 1917–1964*, Manchester 1992, S. 105–126; Richard Stubbs, *Winning Hearts and Minds in Guerilla Warfare: The Malayan Emergency 1948–1960*, Singapore 1989. Zur Wirtschaftspolitik vgl. White, *Business*, S. 152–167. Zu Kultur und Sprache siehe R.-H.K. Wong, *Education and Problems of Nationhood*, in: Wang Gungwu (Hrsg.), *Malaysia. A Survey*, London 1964, S. 199–209.

Die Unabhängigkeit im August 1957 veränderte den Charakter der britisch-malaiischen Beziehungen kaum. Bereits nach den föderationsweiten Parlamentswahlen von 1955 hatte die britische Kolonialverwaltung weitreichende Befugnisse an malaiische Politiker übertragen. Malaya trat dem Commonwealth bei und blieb im *Sterling Bloc*. Englisch sollte für zehn Jahre gleichwertig mit dem Malaiischen bleiben. Das Britisch-Malaiische Verteidigungsbündnis von 1957 sah die weitere Stationierung britischer Truppen in Malaya vor, und für die Dauer der „Emergency“ wurde ein britischer General mit der Leitung der Operationen gegen die stets schwächer werdenden Kommunisten betraut. Damit waren die vier zentralen britischen Forderungen an die Dekolonisierung in Malaya erfüllt: Das Land fungierte weiterhin als „eine Quelle für wichtige Rohstoffe und bedeutende Dollareinnahmen“; es blieb ein weitgehend stabiles Land, „in dem viele Millionen britisches Kapital investiert sind“; es diente nach wie vor als eine britische „Verteidigungsbasis“ in Südostasien, und es stellte ein „Symbol britischer Präsenz in der Region dar“⁸⁶.

Diese anglo-malaiische Partnerschaft erwies sich in der post-kolonialen Zeit für beide Seiten als wertvoll. Für die britische Regierung ermöglichte Stabilität in Malaya die Liquidierung der Reste des Empire in Südostasien unter Bedingungen, die London diktieren konnte. So betrachtete man in London die malaiische Föderation nach wie vor als Kern eines größeren Staates, in dem die übrigen britischen Besitzungen aufgehen könnten⁸⁷. In den späten fünfziger Jahren avancierte die Vereinigung von Singapur, Sabah, Sarawak und Brunei mit Malaya angesichts des wachsenden Einflusses der Volksrepublik China in der Region und im Zusammenhang mit dem immer radikaler werdenden indonesischen Nationalismus zu dem wesentlichen strategischen Ziel Großbritanniens in Südostasien. Die Realisierung dieses Vorhabens erschien jedoch zum Zeitpunkt der malaiischen Unabhängigkeit noch alles andere als gesichert. Die malaiische politische Elite betrachtete eine Vereinigung mit dem weitgehend von Chinesen bewohnten Singapur als eine große Gefahr für das ethnische Gleichgewicht in Malaya, da durch die Aufnahme der Stadt in die Föderation eine knappe chinesische Mehrheit entstehen würden. Darüber hinaus erschienen die Territorien in Borneo kaum als eine Bereicherung der Föderation⁸⁸.

Doch seit 1959 verhalfen außermalaiische Entwicklungen dem Projekt zum Durchbruch. In Singapur wurde mit Lee Kuan Yew ein ausgesprochener Befürworter einer Vereinigung zum Premierminister gewählt. Lee versprach sich zum einen mehr Sicherheit für den Stadtstaat, und zum anderen glaubte er, im Interesse der

⁸⁶ Foreign Office Memorandum, *The Outlook in Malaya up to 1960*, Note by the Commissioner General's Office vom 28. 5. 1957, in: PRO, FO 371/129342, D1051/8G. Siehe auch John Profumo an Harold MacMillan vom 2. 8. 1957, in: *British Documents on the End of Empire*, Series B, Bd. 3, Teile I–III: Malaya, hrsg. von Arthur J. Stockwell, London 1995, hier Teil 3, S. 408–412.

⁸⁷ Siehe beispielsweise R. W. Ewbank, Secretary, Chiefs of Staff Committee, *Defence Aspects of British-Controlled Territories in Southeast Asia* vom 14. 3. 1953, in: PRO, Ministry of Defense Documents (DEFE) 11/62.

⁸⁸ Vgl. David Joel Steinberg u. a., *In Search of Southeast Asia. A Modern History*, 2., überarbeitete Aufl., London/Honolulu 1987, S. 411. Zu China siehe beispielsweise Charles P. Fitzgerald, *China and Southeast Asia since 1945*, London 1973, S. 33–53, 68–94.

Wirtschaft Singapurs auf das malaiische Hinterland nicht verzichten zu können⁸⁹. Der von Jakarta immer drohender vorgetragene Vorwurf, die Föderation sei nichts anderes als eine „postkoloniale“ Kreation der Briten, machte deutlich, daß sowohl Singapur als auch Malaya außen- und sicherheitspolitisch unter Druck standen⁹⁰. Die indonesische Bedrohung, Lees Bemühungen, die starke britische Unterstützung und schließlich die Tatsache, daß die in Sabah und Sarawak lebenden Ethnien (zum Teil Malaien) einen Ausgleich für Singapurs Chinesen bilden würden, führten in Kuala Lumpur zu einer Neueinschätzung der Lage. Daher schlug Tunku Abdul Rahman im Sommer 1961 öffentlich eine Ausdehnung der Föderation vor. Zwei Jahre später traten Sabah, Sarawak und Singapur der Föderation bei, die nun den Namen Malaysia erhielt.

Die Gründung Malaysias war für die so untypisch kooperativen Beziehungen zwischen der ehemaligen Kolonialmacht und dem neuen unabhängigen Staat ein Härtestest. Es würde zu weit führen, hier ausführlich auf die indonesischen Motive einzugehen, die zur Politik der *Konfrontasi* mit Malaysia, der Infiltration der malaiischen Halbinsel und zur Entsendung von Truppen nach Borneo führten⁹¹. In diesem Zusammenhang interessiert vor allem die Tatsache, daß der indonesische Hegemonialanspruch in der Region die Entsendung starker britischer Kräfte provozierte. Auf dem Höhepunkt des Einsatzes, 1966, waren über 60.000 britische Soldaten und Commonwealth-Truppen zur Verteidigung Singapurs und der Föderation eingesetzt⁹². Der Grund für die Inanspruchnahme britischer Hilfe von Seiten Singapurs (das 1965 aus der Föderation ausgeschlossen worden war) und Malaysias lag auf der Hand: Deren Integrität und Unabhängigkeit waren gefährdet, die Föderation konnte sich nicht allein des mächtigen Nachbarn erwehren, und das Ausbleiben anderweitiger auswärtiger Hilfe ließ ohnehin keine andere Wahl zu als britische Militärhilfe⁹³.

⁸⁹ Vgl. Malcolm H. Murfett u. a., *Between Two Oceans. A Military History of Singapore from First Settlement to Final British Withdrawal*, Singapore 1999, S. 311.

⁹⁰ Jakarta betrachtete die SEATO als einen Club kolonialer und imperialistischer Mächte, als „anti-Asiatisch“, und das Anglo-Malayan Defense Agreement (AMDA) als ihren verlängerten Arm. Seit der Unabhängigkeit Malayas waren die Beziehungen zwischen beiden Ländern gespannt. Daran konnte auch der von Malaya vorangetriebene Freundschaftsvertrag von 1959 wenig ändern. Zur malaiischen Perspektive vgl. Malaysia: *International Relations. Selected Speeches by M. Ghazali Shafie*, Kuala Lumpur 1982, S. 12–17. Siehe auch Richard Allen, *Malaysia. Prospects and Retrospect. The Impact and Aftermath of Colonial Rule*, London 1968, S. 132; Peter Boyce (Hrsg.), *Malaysia and Singapore in International Diplomacy. Documents and Commentaries*, Sydney 1968, S. 51–67; Luard, *History of the United Nations*, Bd. 2, S. 348–358. Zur indonesischen Politik vgl. Arnold C. Brackman, *Southeast Asia's Second Front. The Power Struggle in the Malay Archipelago*, London 1966, S. 120–283; Ulf Sundhaussen, *The Road to Power. Indonesian Military Politics 1945–1967*, Kuala Lumpur 1982, S. 162–225; Weinstein, *Indonesian Foreign Policy*, S. 198f., 297f., 318–325.

⁹¹ Vgl. Greg Poulgrain, *The Genesis of Konfrontasi*, London 1998; John Subritzky, *Confronting Sukarno. British, American, Australian and New Zealand Diplomacy in the Malaysian-Indonesian Confrontation, 1961–1965*, London 2000.

⁹² Vgl. Murfett u. a., *Between Two Oceans*, S. 314f.

⁹³ Die USA verfolgten aus mehreren Gründen eine Politik der Nichteinmischung: 1) Furcht vor einer kommunistischen Machtübernahme in Indonesien. Dies erforderte zumindest die Tolerierung

Die Kooperation mit Großbritannien gewährleistete somit die Souveränität der beiden Staaten. Für London bedeutete die Entsendung von Truppen mehr als die Erfüllung der Bündnispflicht. Das militärische Engagement reflektierte Großbritanniens Rolle als eine europäische Regionalmacht mit weltweitem Interesse und Prestige. Und es war Ausdruck des Anspruchs, die Reste des Empire in Südostasien nach eigenen Vorstellungen in die Unabhängigkeit zu entlassen⁹⁴.

Auch die Wirtschaftspolitik in Malaysia nahm eine im Vergleich zu Indonesien oder Vietnam andere Entwicklung. Auch wenn sich die Regierung in Kuala Lumpur darum bemühte, Malaien stärker am Wirtschaftsleben zu beteiligen – im Sinne einer Politik der Indigenisierung –, so änderte sie jedoch nichts an den bestehenden Besitzverhältnissen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Den malaiischen „Administrators“ ging es in erster Linie darum, den zu Beginn der fünfziger Jahre mit der chinesischen Wirtschaftselite geschlossenen Kompromiß nicht zu gefährden. Daher profitierten britische Unternehmen auch weiterhin von einem investitionsfreundlichen Umfeld und der Meistbegünstigung⁹⁵. Britische Beteiligungen am Im- und Exporthandel, an Plantagen sowie an Zinnminen blieben unangetastet – und diese waren beträchtlich. In den fünfziger Jahren gehörten britischen Firmen etwa 75 Prozent der Gummiplantagen (Gummi war das wichtigste Exportprodukt). Wohl kam es zum Verkauf von Gummiplantagen, doch Befürchtungen, das Investitionsklima könne sich zuungunsten ausländischer Investoren ändern, spielten dabei kaum eine Rolle. Vielmehr stand die Tatsache im Vordergrund, daß seit dem Ende des Koreakriegs Gummi weniger profitabel war als Anlagen in Großbritannien selbst. Auch die Zinnindustrie lag weitgehend in britischen Händen und noch in den siebziger Jahren produzierte die London Tin Corporation rund 15 Prozent des malaiischen Zinns. Noch Ende der sechziger Jahre lag ein Drittel des gesamten Außenhandels in den Händen von einem Dutzend britischer Handelshäuser. Darüber hinaus dominierten britische Firmen das Frachtgeschäft sowie den Banken- und Versicherungssektor. Das Vertrauen der Investoren in Malaya zeigt sich auch daran, daß das Land Anfang der sechziger Jahre der sechstwichtigste Empfänger britischer Direktinvestitionen war⁹⁶. *Buy-outs* britischer Firmen an der Londoner Börse zu

Sukarnos und erhebliche Unterstützung für die westlich orientierten indonesischen Streitkräfte. 2) Washington betrachtete Großbritannien als machtpolitischen Ordnungsfaktor. 3) Der Vietnamkrieg machte jedes weitere Engagement in der Region unmöglich. Siehe Robert J. McMahon, *The Limits of Empire. The United States and Southeast Asia Since World War II*, New York 1999, S. 105–144; Pamela Sodhy, *The US–Malaysian Nexus. Themes in Superpower–Small State Relations*, Kuala Lumpur 1991, S. 227–276.

⁹⁴ Vgl. Darwin, *Britain and Decolonization*, S. 287f. Siehe auch Stein Tønnesson, *Alternative Perspectives on the European Role in the Construction of Southeast Asian Nationalities*, in: Ingrid Wessel (Hrsg.), *Nationalism and Ethnicity in Southeast Asia*, Münster 1994, Bd. 1, S. 5–18. Das Anglo–Malayan Defense Agreement wurde mit dem Abzug der letzten britischen Truppen aus Singapur 1971 beendet und durch das sogenannte Five Power Defense Agreement (einschließlich von Australien und Neuseeland) ersetzt. Vgl. Murfert u. a., *Between Two Oceans*, S. 319–327.

⁹⁵ Vgl. Golay u. a., *Underdevelopment and Economic Nationalism*, S. 341–389.

⁹⁶ Vgl. White, *Business*, S. 23–31, 164–167, 268–270.

Beginn der siebziger Jahre verringerten den britischen Besitz erheblich⁹⁷. Doch diese Entwicklung stand in einem ganz anderen Zusammenhang und hatte nichts mit dem in Indonesien und Vietnam verfolgten wirtschaftlichen Nationalismus der fünfziger Jahre zu tun. Die Konfrontation mit Indonesien, die schwierige und letztlich mißlungene Integration Singapurs in die Föderation und die anhaltende sicherheitspolitische Abhängigkeit von Großbritannien hatten somit einen erheblichen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik. Nicht Veränderung, sondern Kontinuität charakterisierte Malaysias Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht.

Schlußbetrachtung

Auch nach dem formalen Machttransfer bildeten die Beziehungen zwischen den ehemaligen Kolonialmächten und den neuen unabhängigen Staaten Südostasiens einen integralen Bestandteil des Dekolonisierungsprozesses. Die Emanzipation von kolonialer Herrschaft erfolgte schrittweise; zunächst stand die Neudefinierung konstitutioneller und politischer Arrangements und Institutionen im Vordergrund. Darüber hinaus bemühten sich Indonesien und die Staaten Indochinas um eine Indigenisierung der Eigentumsverhältnisse und um eine wirtschaftliche Nationalisierung, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Die Zurückdrängung der kulturellen Einflüsse und der übrigen Hinterlassenschaften des Kolonialismus wurde von diesen Staaten ebenfalls mit Nachdruck betrieben. In Indonesien und der Demokratischen Republik Vietnam vollzogen sich diese Entwicklungen am radikalsten. Die in Jahrzehnten aufgebaute tiefe Abneigung gegen den Kolonialismus, die japanische Besatzung und die Unabhängigkeitskriege waren dafür verantwortlich. Hinzu kam die Notwendigkeit des *nation building*: Im Fall Indonesiens wollte die von Javanen dominierte politische Elite dem Vielvölkerstaat eine nationale indonesische Identität verleihen, im Fall Nordvietnams standen ideologische Prämissen und die Erkenntnis im Vordergrund, daß Frankreichs Handlungsspielraum gegenüber den Vereinigten Staaten minimal war. In Kambodscha und Laos führte der Einfluß dritter Akteure zu einer graduellen Neudefinierung der Beziehungen. In Südvietnam wiederum ersetzten amerikanische Einflüsse die der ehemaligen Kolonialmacht.

In der Entwicklung der Beziehungen zwischen den ehemaligen Kolonialmächten und den neuen unabhängigen Staaten spiegelte sich immer auch der Prozeß, mit dem die formale Unabhängigkeit erreicht worden war. Ebenso korrespondierten die Strategien, mit denen die neuen unabhängigen Staaten den Bestrebungen der ehemaligen Kolonialmächte entgegenwirkten, ihre privilegierte Rolle und Position fortzuschrei-

⁹⁷ Vgl. Sundaran, *A Question of Class*, S. 256–268. Die New Economic Policy war eine Reaktion auf die nach Meinung vieler Malaien unbefriedigend verlaufende Indigenisierung. 1970 ergab die ethnische Zuordnung von Aktienkapital in ausgewählten Unternehmen West-Malaysias folgenden Schlüssel: Malaien: 1,9%, Chinesen: 22,5%, Inder: 1,0%, Ausländer: 60,7%. Siehe Stanley S. Bedlington, *Malaysia and Singapore. The Building of New States*, Ithaca/London 1978, S. 115.

ben, mit den Erfahrungen, welche die politischen Eliten Indochinas und Indonesiens während ihres Kampfes um die Unabhängigkeit gewonnen hatten. Jakarta reagierte auf den Konfrontationskurs der Niederlande mit den gleichen Taktiken, mit denen die Nationalisten den Unabhängigkeitskampf geführt hatten, und auch Nordvietnams Haltung gegenüber Frankreich radikalisierte sich erst, als kooperative Bemühungen fehlschlagen. Sowohl die niederländische als auch die französische Politik gegenüber den ehemaligen Kolonien war nicht von wirtschaftlichen Erwägungen und Interessen beeinflusst. Vielmehr spielten Prestige und die Sorge um den Verlust an internationalem Ansehen die ausschlaggebende Rolle in den jeweiligen Entscheidungsprozessen. Trotz der völlig veränderten Machtverteilung nach dem Zweiten Weltkrieg waren Frankreich und die Niederlande nicht in der Lage, den Verlust der Kolonialreiche in Südostasien ohne politische Konflikte zu bewältigen. Statt einer Neudefinierung von Zielen und Strategien prägte das Handeln der verantwortlichen Politiker in Den Haag revanchistisches Denken. Doch gerade dies provozierte den Widerstand und führte zum Verlust jedes wirtschaftlichen und kulturellen Einflusses der Niederlande. Paris bemühte sich zwar, nach 1954 seine Beziehungen zu den Staaten Indochinas auf eine neue Grundlage zu stellen. Doch die dazu in Konflikt stehenden amerikanischen Entwürfe – eine rasche Zurückdrängung des französischen Einflusses und die Bemühungen um Integration Südviets, Kambodschas und Laos in das amerikanische Ordnungssystem im Pazifik – verhinderten die Verwirklichung dieser Politik. Im Gegensatz dazu waren die anglo-malaisischen Beziehungen nicht von Brüchen und Spannungen gekennzeichnet, sondern durch eine graduelle Transformation des kolonialen Beziehungsgeflechts in eine strategische Partnerschaft, die Malaysias Unabhängigkeit und Großbritanniens politisches Prestige in der Region sicherte. Im Bereich der kulturellen und besonders der linguistischen Hinterlassenschaft kamen Großbritannien die ethnische Fragmentierung Malaysias sowie der Aufstieg der Vereinigten Staaten zur bestimmenden pazifischen Macht und damit der Siegeszug des Englischen als *lingua franca* zugute.

Insgesamt verringerte sich der europäische Einfluß auf Südostasien in der Zeit von 1945 bis 1960 erheblich. Die neuen unabhängigen Staaten schufen sich eigene Identitäten nicht zuletzt im Konflikt mit den Europäern und durch die Lockerung bzw. den Abbruch der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen, die zunächst noch nach der formalen Unabhängigkeit fortbestanden. Neue Akteure wie die Vereinigten Staaten, die Volksrepublik China oder die Sowjetunion traten auf den Plan und dehnten ihren Einfluß in der Region aus. Für Indonesien wurde die Bundesrepublik Deutschland der bevorzugte Partner in Europa. Doch die einstmaligen engen Beziehungen zwischen Kolonie und Kolonialmacht verloren niemals ganz ihre Bedeutung. Beispielsweise nahm Indonesien im Jahre 1964 seine Zinnexporte an die Niederlande wieder auf, weil die *Konfrontasi* den Zugang zu den Zinnschmelzen in Penang verschloß⁹⁸. Charles de Gaulles Kritik am amerikanischen Krieg in Viet-

⁹⁸ Vgl. The Times vom 24. 9. 1963.

nam förderte die Kooperationsbestrebungen zwischen Frankreich, Kambodscha und Laos. Die niederländische und französische Entwicklungshilfe ging seit den sechziger Jahren zu einem relativ großen Teil an die ehemaligen Kolonien Indonesien, Kambodscha und Laos. Im Kontext des britischen Eintritts in die Europäische Gemeinschaft regte Malaysia die ersten institutionalisierten Kontakte zwischen der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) und der EG an⁹⁹. Die langsam entstehende institutionalisierte Kooperation leitete dann eine völlig neue Phase südostasiatisch-europäischer Zusammenarbeit ein¹⁰⁰. Die allmähliche Etablierung dieser Beziehung war nicht nur eine Folge der Veränderungen im Commonwealth, die durch Großbritanniens EG-Beitritt notwendig wurden. Vielmehr reflektierte dieser Dialog auch die Anbahnung neuartiger regional organisierter Kontakte, die durch die Auflösung der kolonialen Hinterlassenschaft erst ermöglicht wurden.

⁹⁹ Vgl. Michael Leifer, *Europe and Southeast Asia*, in: Hanns Maull/Gerald Segal/Jusuf Wanandi (Hrsg.), *Europe and the Asia Pacific*, London/New York 1998, S. 198–205.

¹⁰⁰ Vgl. Roger Strange u. a. (Hrsg.), *The European Union and ASEAN. Trade and Investment*, London 2000; Wim Stokhof/Paul van der Velde (Hrsg.), *ASEM. The Asia–Europe Meeting. A Window of Opportunity*, London/Leiden 1999.